

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

HELMUT KRAUSNICK

Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler

Mit der folgenden Darstellung EUROPAISCHE PUBLIKATION Nr. 7: „Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler“ II. Teil von Dr. Helmut Krausnick, Referent im Institut für Zeitgeschichte, setzen wir die Veröffentlichungen der Münchener Arbeitsgemeinschaft „EUROPAISCHE PUBLIKATION“ fort (Vgl. Ausgaben der Beilagen vom 4./26. Mai, 2. Juni und 24. November).

II. Teil

Wehrmacht und Nationalsozialismus 1934 - 1939

1. Die Nachwirkungen des 30. Juni 1934

Die am 2. August 1934 auf Blombergs Befehl vollzogene Vereidigung der Reichswehr auf Hitler als nunmehrigen Staatsoberhaupt hat ein Verhältnis uneingeschränkter gegenseitigen Vertrauens¹⁾ nicht schaffen können. Vielmehr machten sich im folgenden Halbjahr wiederum Verstimmungen und Mißtrauen zwischen Heeres- und Parteiführung geltend. Zunächst einmal wirkten die Ereignisse des 30. Juni noch fort; ja, ihr Ausmaß und ihr Charakter mochten manchem erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand oder nach näheren Nachrichten über die Geschehnisse voll zum Bewußtsein kommen²⁾. Gewiß gilt dies wesentlich für die älteren und mittleren Jahrgänge des Offizierkorps. Indes, auch jüngere Offiziere waren aufgestört³⁾. Abscheu und Entsetzen erregten die Methoden der SS aber namentlich bei der Abwehrabteilung des Reichswehrministeriums, die durch ihre Tätigkeit tieferen Einblick in das Vorgehen des SD gewann, überdies von den expansiven Tendenzen seines Leiters Heydrich auch im eigenen Aktionsbereich bedroht wurde⁴⁾. Von einem der ihrigen, dem späteren General Oster, der frühzeitig den wahren Charakter des nationalsozialistischen Regiments erkannt hatte, wird berichtet, daß er von nun an vollends zum Widerstand überging und durch gesammelte Informationen hohe Offiziere unermüdlich über die Gefahr des Nationalsozialismus für Volk und Wehrmacht aufzuklären suchte⁵⁾. Tatsächlich hat Oster noch vor der Gestapo im Oktober 1944 von der „scharfen Opposition, ja Erbitterung“ gesprochen, die der 30. Juni 1934 zum ersten Male im Offizierskorps hervorgerufen habe, und dieses Ereignis als die „erste Gelegenheit“ bezeichnet, „die Metho-

den einer Räuberbande im Keim zu ersticken“⁶⁾. Selbst von Rommel, der erst spät zum Kreis des Widerstandes stieß, ist zur Röhmaffaire aus dem November 1934 das Kraftwort überliefert: „Bei diesem Anlaß hätte man mit der ganzen Blase aufräumen sollen“⁷⁾.

Begreiflicherweise war es vor allem der feige Mord an Schleicher und Bredow, der das Gewissen manches ihrer ehemaligen Kameraden, vielleicht mehr als im ersten Augenblick, belastete. Auch Generalstabsoffiziere jüngeren und mittleren Alters drängten bei ihren Vorgesetzten auf eine Klärung des Falles und eine Rehabilitierung der offensichtlich zu Unrecht Beschuldigten⁸⁾. Im einzelnen ist über den Verlauf dieser Bemühungen und ihr Schicksal auf höchster Ebene freilich nichts Näheres bekannt. Zu einer Aktion von politischem Gewicht, geschweige denn mit politischem Ziel, wie es dem Charakter des ungeheuerlichen Vorgangs entsprochen hätte, konnte man sich jedenfalls auch jetzt nicht durchringen. Das im ganzen dürftige Endergebnis war bekanntlich jene Erklärung des Feldmarschalls von Mackensen vor der „Vereinigung Graf Schlieffen“ vom 28. Februar 1935, daß bei den seinerzeitigen „rein politischen Machtkämpfen... die persönliche Ehre der genannten Offiziere nicht berührt worden“ sei – mit dem zweifelhaften Zugeständnis an die „offizielle“ Version, „daß sie aber Wege beschritten, die als regierungsfeindlich angesehen worden sind und daher zu den verhängnisvollen Folgen führten“. Allerdings gab die Art und Weise der Berufung auf das Regierungsgesetz vom 3. Juli, daß nämlich „der Tod der am 30. Juni und 1. Juli 1934 Gebliebenen als im Interesse des Staates erfolgt zu betrachten“ sei und daher eine Diskussion nicht zugelassen werden könne, die ursprüngliche Lesart einer Erschießung Schleichers und Bredows wegen

1) Vgl. Anm. 166 (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ v. 24. 11. 1954).

2) Vgl. z. B. Foerster a.a.O., S. 25 f.; K. H. Abshagen, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart 1950, S. 101 f.; Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 540.

3) Vgl. z. B. die Briefe Stieffs in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 297 f.

4) Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 540; Abshagen a.a.O., S. 138 ff.

5) Gisevius a.a.O. I. S. 218 f. 318, Neue Ausg., Zürich (1954), S. 134 f., 203; IMT Bd. XII, S. 200; Abshagen a.a.O., S. 144.

6) G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 136 auf Grund der von Kaltenbrunner veranlaßten Berichte an Bormann nach dem 20. 7. 1944.

7) So Rommel (damals Kommandeur der Goslarer Jägerbatl.) zu dem gegenwärtigen baden-württembergischen Staatsminister Farney laut dessen briefl. Mittlg. an den Verfasser vom 29. 3. 1955 während des Reichsbauerntages in Goslar 1934 (der vom 11.–18. 11. stattfand).

8) Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 312, gegenüber Meißner a.a.O., S. 372.

Widerstandes bei der Verhaftung praktisch preis⁹⁾. Und zweifellos war selbst diese vorsichtige und unveröffentlichte, aber natürlich weiteren Kreisen bekannt werdende Erklärung im totalen Staat ungewöhnlich und von Hitler bestenfalls widerwillig zugelassen worden¹⁰⁾.

In den Brennpunkt der latenten Spannungen zwischen Reichswehr und Partei rückte mehr und mehr der Chef der Heeresleitung, Freiherr von Fritsch. Dieser gemäßigt konservative General, der im Februar 1934 nicht ohne Zureden Seeckts sein Amt übernommen hatte¹¹⁾ und es vier entscheidende Jahre lang führen sollte, war seiner Gesamthaltung nach ein typisches Produkt der „unpolitischen“ Schule seines großen Vorgängers in der Führung des Heeres. Ein gerader, lauterer Charakter und hervorragender Kamerad, war er gleichzeitig hochbegabt, doch überwiegend auf das Militärisch-Fachliche gerichtet. Streng erzogen und an einfache Lebenshaltung gewöhnt, besaß er eine ausgesprochene Scheu, sich anderen mitzuteilen, eine gewisse Gehemmtheit im Umgang mit Menschen und in Gesellschaft¹²⁾. Die äußere, oft humorvolle Gelassenheit erreichte seine willensstarke, aber leicht pessimistische Natur nicht ohne Kampf mit empfindsamen Nerven und depressiven Stimmungen. Wie die Mutter, eine geborene Bodelschwingh, war auch der Sohn evangelisch-kirchlich eingestellt und soll den „Verlust des christlichen Glaubens“, neben dem Zusammenbruch der monarchischen Staatsform, als „die schwerste Folge“ des ersten Weltkrieges für die deutsche Nation bezeichnet haben. Anhänger der Monarchie also, die indes nicht mit Gewalt zu restaurieren sei, urteilte Fritsch zugleich kritisch über die Lebenskraft des Bürgertums und warnte vor einer Entfremdung der Arbeiterschaft, zumal er im Bolschewismus den Hauptfeind Deutschlands und Europas erblickte¹³⁾. Er mochte somit zu den vom Nationalsozialismus verkündeten Zielen durchaus eine positive Grundeinstellung finden. Doch dieser nach Anlage und Erziehung aller Unwahrhaftigkeit, Demagogie und geistig-materiellen Korruption widerstrebende Soldat war gegen die „romantisch-phantastische“ Auffassungsweise eines Blomberg¹⁴⁾ gefeit genug, um die auf Zersetzung der „alten Tugenden“ und Werte hinauslaufenden Tendenzen und Methoden der totalitären Partei instinktiv zu erkennen¹⁵⁾. So wurde Fritsch dem „Eindringen parteipolitischer Maximen“¹⁶⁾ in das Heer ein würdiger und zäher Gegner — indes kein Gegenspieler ihrer Exponenten. Zur Politik fehlte ihm nach seiner eigenen Meinung „alles“: auf ihrem glatten Boden war er nach dem Urteil vertrauter Kenner seines Wesens unsicher, ja geradezu hilflos¹⁷⁾. Keine fortreibende Persönlichkeit von unmittelbar ausstrahlender Wirkung, war Fritsch erst recht keine revolutionäre Natur. Zudem glaubte auch er, wie so viele seiner Standes-

genossen im Banne der eigenen Vorstellungswelt, zwischen „Hitler“ und „der Partei“ unterscheiden zu dürfen. Aus persönlicher Überzeugung und Hoffnung mithin Anhänger echter Evolution, war er als Soldat guten Willens bemüht, positiv zu Hitler zu stehen und ihm als dem bestellten Staatsoberhaupt loyal zu dienen. Schranken seines Wesens und einer einseitigen militärischen Erziehung hinderten ihn, das Regime und seinen Führer nach ihren Taten zu beurteilen und daraus die unabweisbaren Rückschlüsse zu ziehen.

So beschränkte sich Fritsch darauf, den Bereich des Heeres unabhängig und sauber zu bewahren, und hielt sich in spezifisch politischen Fragen an die militärische Rangordnung mit Blomberg als verantwortlicher Spitze. Innerhalb dieser Grenzen aber gelang es ihm unstrittig, die Sonderstellung des Heeres als isolierter Insel der alten Tugenden und Werte inmitten eines politisch-moralisch „gleichgeschalteten“ Parteistaates bis zu seinem Sturz weitgehend aufrechtzuerhalten¹⁸⁾. Denn auch ohne eigentliche Faszination für den Mann in Reih und Glied hat Fritsch kraft der ihm allerdings gegebenen Wirkung auf den Offizier das Heer in höherem Grade als jeder andere Oberbefehlshaber seit Seeckt beherrscht¹⁹⁾. Draußen im Lande aber wurde Fritsch unter den ausweglosen Verhältnissen durch seine Stellung und Erscheinung die Hoffnung aller an Sitte und Überlieferung hängenden Oppositionellen, nicht zuletzt der evangelisch-kirchlichen. Ja, bis in die Arbeiterschaft hinein gab man sich dem Gedanken hin, dieser exklusive General werde als „starker Mann“ zu gegebener Stunde eingreifen und der Entartung des staatlichen Lebens ein Ende setzen²⁰⁾. So wurde Fritsch wider Willen zum politischen Faktor — worin er selbst freilich nur eine Erschwerung seiner „eigentlichen“ Aufgabe sah²¹⁾. Auf der anderen Seite war der als Fachmann zunächst kaum Entbehrliche in den Augen des Diktators wohl keine unmittelbare Gefahr für seine Herrschaft. Unweigerlich aber bedeutete er ihm auf die Dauer ein Hindernis für die Durchdringung des Heeres — dieses im Zeichen einer allgemeinen Wehrpflicht gefährlichsten Konkurrenten der Partei als „Erzieher“ des Volkes — mit „nationalsozialistischem Geist“ und ein mittelbarer Faktor aller etwaigen Kombinationen der „Gegner des Regimes“. Soweit Hitler nicht selbst schon solchen Argwohn hegte, weckten ihn die Berichte der allgegenwärtigen Organe des Sicherheitsdienstes seiner SS, dieses geschworenen Feindes der Armee und ihres unpolitisch-politischen Exponenten²²⁾.

Es war denn auch ebenso bezeichnend für die Gesamtlage wie für die Haltung Fritschs selbst, wenn dieser in den Befehlshaberbesprechungen im zweiten Halbjahr 1934 das Offizierkorps zu „strengster Zurückhaltung in seiner Kritik“ an der Innenpolitik mahnte. „Telephongespräche überhört, selbst direkte Leitungen nicht sicher. Briefgeheimnis. Bespitzelung!“ — so ergänzen die Notizen eines Zeugen jene Mahnung aufschlußreich. Nicht weniger charakteristisch heißt es darin: „Kirchgang befehlen, Offizierskorps muß teilnehmen.“ Andererseits aber: „(Aus) Streitigkeiten in Kirche absolut heraushalten“, wengleich dem wieder der Zusatz folgt: „Austreten aus Kirche verboten“²³⁾. Die Tendenz der Partei in der Kirchenfrage wurde zwar erkannt, aber man glaubte sie aus dem Bereich der Armee fernhalten zu können und ließ es damit genug sein.

Die Spannungen zwischen Wehrmacht und Partei konnte auch Blomberg nicht ignorieren, obwohl seine Äußerungen vor den Befehlshabern natürlich auf einen anderen Grundton gestimmt sind. In jenem Zugeständnis Hitlers an die Offiziere in seiner Rede vom 13. Juli —

9) Vgl. den Bericht v. 16. 3. 1935 über die ordentl. Mitgliederversammlung des Vereins der Angehörigen des ehem. Generalstabes (Vereinigung Graf Schlieffen) E. V. v. 28. 2. 1935 (hektogr. Exemplar, Archiv Institut für Zeitgeschichte; Teilabdruck in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/1953, S. 73 f.) mit dem persönlichen Zusatz Mackensens, „daß unsere Kameraden ohne Verletzung ihrer Ehre auf einem Schlachtfeld gefallen seien, auf das sie ihr Geschick geführt habe“. Es ist nach Meinung kompetenter Zeugen anzunehmen, daß sich die Erklärung auf eine ehrengerichtliche Nachprüfung des Verhaltens der beiden ermordeten Generale stützte.

General a. D. Hoßbach (Brief v. 18. 3. 1955 an den Verf.) meint sich erinnern zu können, daß Fritsch, Beck, Blomberg und Reichenau mit der Erklärung Mackensens vor ihrer Abgabe durch die Vereinigung Graf Schlieffen befaßt worden sind. Nach briefl. Mittgl. d. Gen. Ob. v. Mackensen v. 6. 5. 1955 andererseits ist s. W. die Erklärung seines Vaters „bestimmt nicht vorher mit Hitler abgestimmt worden, wohl aber innerhalb des Vorstandes der Vereinigung“ Ihre Verlesung (oder nur der Zusatz Mackensens? Verf.) habe bei dem anwesenden General v. Reichenau lebhaftes Unruhe ausgelöst. Er habe Blomberg über den Vorgang orientiert. Eine Reaktion Hitlers nach außen habe aber weder die Vereinigung Graf Schlieffen noch der Feldmarschall v. Mackensen zu spüren bekommen. Ähnlich im letzteren Punkt Meißner a. a. O., S. 373, trotzdem die Erklärung Hitler „gewaltig erzürnt“ habe. Das von Meißner bezeugte sofortige Verbot Görings einer Verbreitung der Erklärung kann sich lediglich auf die Presse bezogen haben, da der Bericht in der vervielfältigten Form noch am 16. 3. an sämtliche Mitglieder der Vereinigung ging. Gegenüber J. W. Wheeler-Bennetts Bericht von einem Protestschritt Hammersteins und Mackensens mit über 30 Generalen (a. a. O., S. 329 ff.; Dtsch. Ausg., Düsseldorf 1954, S. 351 ff.) bei Hindenburg vgl. bereits G. Ritter a. a. O., S. 489.

10) Graf Kielmannsegg, Der Fritschprozeß 1938, Hamburg 1949, S. 26.

11) Ebenda, S. 25 ff.; Foertsch a. a. O., S. 40 ff.; Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 540.

12) H. Rauschnig, Men of Chaos, New York 1942, S. 289.

13) Zum mindesten um 1920: Kielmannsegg a. a. O., S. 22 f.

14) So Fritsch in seiner für ihn selber bezeichnenden Charakteristik Blombergs: Hoßbach a. a. O., S. 68 f. (Aufz. Fritschs v. 1. 2. 1938).

15) Kielmannsegg a. a. O., S. 22 f.

16) Fritsch selbst bei Hoßbach a. a. O., S. 70; Vgl. auch S. 106 f., 108.

17) Brief v. 17. 5. 1937 (Kielmannsegg a. a. O., S. 27); Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 125 (auch zum folgenden); Hoßbach a. a. O., S. 108; zum folgenden: S. 104, 107, 174.

18) Vgl. Hoßbach a. a. O., S. 111 f., 73 ff., 76, 174, 179.

19) Vgl. Kielmannsegg a. a. O., S. 29; Hoßbach a. a. O., S. 73, 172; Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 601.

20) Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 125; Hoßbach a. a. O., S. 76; Westphal a. a. O., S. 49.

21) Vgl. Kielmannsegg a. a. O., S. 27, 30; Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 105; Foertsch a. a. O., S. 71. — In den (ungedr.) Tagebuchnotizen des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahn heißt es unter dem 11. 12. 1935: „Diner beim Oberbefehlshaber Frh. von Fritsch. ... Als ich Fritsch sagte, daß alle mit größtem Vertrauen auf ihn blickten, erwiderte er: „Das ist ja, was mir meine Stellung so schwierig macht“. Zitiert mit frdl. Erlaubnis von Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Ulrich Sahn.

22) Dazu Fritsch selbst (1. 2. 1938) bei Hoßbach a. a. O., S. 71 f.

23) Notizen des Gen. Ob. a. D. Heinrici: Foertsch a. a. O., S. 58.

„Ich kann von Ihnen nicht fordern, daß Sie im einzelnen ihre Stellung zu unserer Bewegung finden“²⁴⁾ — sah er nicht mit Unrecht „einen gewissen Vorbehalt“, den er als peinlich empfand und jedenfalls nicht gelten lassen wollte. Zwar sei, fuhr Blomberg fort, die Weltanschauung nicht zu befehlen. Wer sich jedoch mit dem nationalsozialistischen Staat und der Tatsache, daß die Wehrmacht ein Teil dieses Staates sei, nicht abfinden könne, möge ein hervorragender Mann sein; nach gewisser, jetzt noch bewilligter Schonzeit sei aber für ihn kein Platz mehr in der Wehrmacht. Die Generale seien verantwortlich dafür, daß diese Auffassung durchdringe. Mit scharfen Worten warnte der Minister das Offizierskorps schließlich vor „Geschwätzigkeit“. Es bedeute einen „Verstoß gegen die Standesehre“, wenn Dinge, die den jetzigen Staat herabsetzten, nach außen getragen würden. „Feuer und Schwert dagegen!“ — so schließt die Notiz eines der anwesenden Generale über die Äußerungen Blombergs zu diesem Punkt²⁵⁾. Wenn also der „Völkische Beobachter“ nach der erstmaligen Teilnahme der Reichswehr am Nürnberger Parteitag sich den „Zusammenschluß des Heeres mit dem Regime“ in beliebiger Manier von der Auslandspresse „bestätigen“ ließ²⁶⁾, so entbehrte diese Feststellung doch noch der vollen Berechtigung.

Nur einen teilweisen Einblick besitzen wir vorläufig in die konkreten Differenzen, die in diesen „ereignislosen“ Monaten zwischen Reichswehr und Staatsführung spielten. Es war in allgemein-politischer wie in persönlicher Hinsicht schon bezeichnend genug, wenn selbst Reichenau Ende Juli 1934 bei Hitler einen scharfen, auf umfangreiches Material gestützten Vorstoß gegen den Gauleiter Streicher unternahm, mit dem der Nürnberger Standortälteste, General Stephanus, immer wieder in Konflikt geriet. Hitler bestritt freilich gar nicht, daß Streicher „ein schwer lenkbarer und auch anrühiger Mann“ sei. Er erklärte ihn aber im Süden für den „einzigen wirklich zu energischem Handeln Befähigten, wenn es einmal hart auf hart ginge“. Worauf Reichenau sich damit beruhigte, daß, wenn der Träger der gesamten Macht und Verantwortung sich trotz aller Vorstellungen so eindeutig entscheide, die Reichswehrrführung weder berufen noch in der Lage sei, in innerpolitischen Fragen zu bestimmen; Stephanus wurde versetzt!²⁷⁾. — Zunehmende Besorgnis erregte im höheren Offizierskorps aber vor allem das Problem der bewaffneten SS-Verbände, die Frage ihres Verhältnisses zum Heer in Frieden und Krieg, ihrer Waffenausstattung und ihres Umfangs. Obwohl es sich um eine ausgesprochene politische Frage handelte, war Fritsch hier zu einer Stellungnahme entschlossen, da die Interessen des Heeres unmittelbar berührt waren. Am liebsten hätte er diesen ersten Einbruch in das Waffenmonopol der Reichswehr wieder beseitigt. Gegenüber dem Widerstande Himmlers und Hitlers hat er sich aber schließlich begnügt, mit aller Kraft die Ausdehnung der SS zu bekämpfen²⁸⁾ — nachdem die Gelegenheit zu einem Veto im entscheidenden Augenblick versäumt worden war. Als vorläufige Regelung des Gesamtproblems gab Blomberg in der Befehlshaberbesprechung vom 9. Oktober 1934 bekannt, die bewaffnete SS werde in Stärke von drei Infanterieregimentern aufgestellt und nicht mit Artillerie ausgestattet werden. Eine Vermehrung solle nicht stattfinden. Im Frieden unabhängig von der Wehrmacht unter dem Befehl Himmlers, werde die SS im Kriege dem Heer zur Verfügung stehen. Es blieb somit bei einem höchst fragwürdigen Kompromiß²⁹⁾. — Überdies konnte, gleichfalls in diesem Herbst, die SS einen Erfolg gegen die „Abwehr“ davontragen. Als Stein unvermeidlichen Anstoßes bei der Partei für Blomberg „untragbar“ geworden, wurde gegen den anfänglichen Widerstand Fritschs, Becks und Reichenaus der Abwehrchef, Kapitän Patzig, geopfert, ein aufrechter, energischer Soldat von großem Organisationstalent und scharfem Blick für Menschen und Dinge. Am 31. Dezember meldete sich Patzig ab, nicht ohne dem Mini-

ster in der erbetenen offenen Aussprache bittere Wahrheiten über die innere Entwicklung und seine eigene Mitverantwortung zu sagen: Seit dem Tode des Feldmarschalls von Hindenburg, so führte er aus, blicke das deutsche Volk auf ihn, Blomberg, und erwarte von ihm Schutz und Hilfe gegen alle Übergriffe der Parteiorganisationen. Heute habe er noch die Autorität einzugreifen — in einem halben Jahre sei es zu spät. Der Minister, fügte Patzig hinzu, stehe nur mit der oberen Führung in Kontakt und wisse nicht, was in Wirklichkeit geschehe. Er, der bisherige Abwehrchef, könne auf Grund seiner Erfahrungen nur erklären, daß die SS ein Sammelbecken entwurzelter Existenzen und Verbrecher sei, die vor nichts, auch nicht vor einem Mord, zurückschreckten, wenn es sich um die Erweiterung ihrer Macht handele. Für ihn selbst, fuhr Patzig fort, wäre es ein leichtes gewesen, sich dieser Organisation zu verschreiben. Aber dann würde er zum Verräter an der Wehrmacht geworden sein, und das Verbrechen hätte triumphiert. In erregtem Tone unterbrach ihn Blomberg mit der Entgegnung: „Herr Kapitän Patzig, die SS ist eine Organisation des Führers!“ Doch Patzigs Antwort lautete: „Dann bedauere ich, daß der Führer nicht weiß, was er für einen Haufen unter sich hat.“ Blomberg brach hierauf die Unterredung mit den immerhin denkwürdigen Worten ab: „Die politische Verantwortung trage ich und nicht Sie. Ich sehe die Lage völlig anders und sehr optimistisch. Die Zukunft wird lehren, wer recht hat“³⁰⁾.

Mag die Presse des Auslandes und der deutschen Emigration in diesen Monaten vor der Saarabstimmung die latenten Gegensätze zwischen Reichswehr und Partei auch verzerrt und vergrößert haben — ihre Berichte sind ebenso sicher symptomatisch für eine wirklich bestehende Spannung, wie sie den Argwohn auf beiden Seiten noch gesteigert haben dürften. Schon im Oktober 1934 hatte das Geheime Staatspolizeiamt eine Anzahl Pressemeldungen zusammengestellt, denen es die Absicht zuschrieb, Wehrmacht und SS „über angeblichen Waffen- und Konkurrenzfragen in Konflikt zu bringen“. Ein zweiter geheimer „Sonderbericht“ vereinigte aus den Monaten November und Dezember weitere 44 Pressestimmen unter dem Titel „Vergiftung des Verhältnisses zwischen Waffentträger der Nation und Träger von Weltanschauung und Staat“³¹⁾. Zum Teil enthielten sie freilich phantastische Behauptungen wie: Generale und Stabsoffiziere hätten im Juli 1934 Hindenburg ein Memorandum (ein sog. „Blaubuch der Reichswehr“) unterbreitet, das neben dem Mord an Schleicher die gesamte Regierungspolitik³²⁾ verurteilt und die Gefahr betont habe, daß die Ehre der Armee „zum Spielball von Verbrechern“ werde; Fritsch selbst habe sich in einer Denkschrift gegen die Überspannung des totalen Staatsgedankens gewandt; ein „Kollektivschritt der Generale“ habe sich gegen eine geplante Absetzung Fritschs gerichtet; zwischen Reichswehr und SA (!) bestehe fast wieder eine Spannung wie vor dem 30. Juni. Daneben gab es jedoch weit glaubhaftere Nachrichten und haltbarere Kombinationen. So liest man von Reichswehrkreisen, welche den Fall Schleicher noch nicht zu den Akten gelegt, die Haltung Blombergs mißbilligt und mehrmals den Rücktritt Heydrichs verlangt hätten, — von dem „alten Deutschnationalen und Monarchisten Fritsch“, der schon am 30. Juni zu erkennen gegeben habe, „daß er nicht mit allen Methoden der NSDAP einverstanden“ sei, und der die moralischen Qualitäten der nationalsozialistischen Erziehung für unzulänglich halte. „Die alte Reichswehrrführung“ fürchte, so hieß es weiter, daß ein Eindringen von Zehntausenden überzeugter Parteianhänger in die Armee deren gesamten Charakter verändern würde. Sie unterstreiche die Gefahren einer unbegrenzten und überstürzten Aufrüstung. Übereinstimmend aber wurde vor allem betont, daß sich die Gegnerschaft der Reichswehr gegen die SS richte, seitdem diese „eine politische Truppe mit militärischen Wünschen und Forderungen“ geworden sei. Dazu gab ein Blatt ausdrücklich zu bedenken, daß in einem Staat, wie dem nationalsozialisti-

24) Schultheß' Europ. Geschichtskalender 1934, S. 180.

25) Befehlshaberbespr. v. 9. 10. 1934 (Aufz. des Generals a. D. Liebmann) Archiv Institut für Zeitgeschichte.

26) Völk. Beobachter, Südd. Ausg., 12. 9. 1934.

27) So nach Mitteilungen des persönl. Adjutanten Reichenaus zu Gen. a. D. Röhrich, Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 125. Vgl. auch Görlitz a.a.O., S. 436.

28) Hoßbach a.a.O., S. 32 (Fritsch selbst ebenda, S. 71 f.).

29) Aufz. des Gen. a. D. Liebmann (Archiv für Zeitgeschichte); H. Rauschnig, Die Revol. des Nihilismus, 20.—21. Tsd., Zürich, New York 1938, S. 292 spricht von schweren Reibungen zwischen Reichswehr und SS in Ostpreußen im Herbst 1934.

30) Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 540 (von Admiral a. D. Patzig bestätigte Fassung). Vgl. auch Sverre Hartmann, Zwischen Staat und System, Ein Versuch zur Klärung des Problems Canaris, in: Dtsch. Rundschau, 1. Jahrg., April 1955, S. 349.

31) Ein Exemplar (Nr. 2760) des gedr. Originals von „Dezember/Januar 1934/35“, das auch auf den Bericht vom Oktober 1934 Bezug nimmt, ist im Besitz des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

32) Vgl. dazu bereits G. Ritter a.a.O., S. 489, Note 23.

sehen, jedes Machtstreben unvermeidlich auf die Entwicklung militärischer Macht hinauslaufe! Jedenfalls sei der 30. Juni „nur ein halber Sieg“ der Reichswehr gewesen. Fritsch habe nunmehr eine Klärung des Verhältnisses zur SS verlangt. Kurz, die Spannung zwischen Reichswehr und SA wiederhole sich jetzt zwischen Reichswehr und SS, Berlin sei von Gerüchten erfüllt, und überall werde von einem neuen 30. Juni gesprochen. Der könne dann aber zum Schicksalstag des Dritten Reiches werden...

Die nationalsozialistische Staatsführung sah sich hierauf am 27. November zu einem ziemlich eingehenden Dementi veranlaßt. „Alle diese Meldungen über das Reichsheer und die daran geknüpften Kombinationen“, so hieß es darin, seien „gemeine Lügen“; Blomberg sei am Tage zuvor von seinem Krankheitsurlaub zurückgekehrt, eine Denkschrift Fritschs gebe es überhaupt nicht, und von dessen Rücktritt könne keine Rede sein³³⁾. Der Tenor der besagten Presse änderte sich aber auch in der Folge nicht, und wie bisher griff manche Meldung den Ereignissen nur zeitlich vor. So liest man u. a., die Gestapo habe die Führer der Bekenntniskirche verhaften wollen; unter dem Einfluß gemäßigter Anhänger des Regimes und angesichts der unverhohlenen Mißbilligung von seiten der Reichswehrführung habe sie jedoch einen solchen „Handstreich“ bis nach der Saarabstimmung verschoben! Hinsichtlich der Bewaffnung der SS bestehe die Spannung unvermindert fort. Immerhin wurde seit Mitte September im Kern zutreffend von einem mit Hitlers Hilfe erzielten Kompromiß berichtet, wonach die Stärke der bewaffneten SS nur drei Standarten betragen solle. Nur so habe der Rücktritt Blombergs vermieden werden können, den im übrigen Fritsch immer mehr zur Seite dränge. Einige Blätter bescheinigten der Reichswehr sogar einen vollen Sieg. Andere aber brachten in den Weihnachtstagen, und zwar besonders für die Nacht vom 20. zum 21. Dezember, die Meldung, die Reichswehr habe ungewöhnliche Vorkehrungen zum Schutze ihres Ministeriums getroffen!³⁴⁾.

Tatsächlich kam es in diesen Wochen vor der Jahreswende zu einer akuten Vertrauenskrise zwischen Reichswehr und Parteiführung oder doch zwischen einigen ihrer Hauptexponenten. Volle Klarheit besitzen wir bisher freilich weder über ihre unmittelbaren Anlässe (was teilweise in der Natur der Sache liegen mag) noch über ihren Verlauf. Sicherlich haben zur Entstehung der Krise von seiten der Reichswehr offen geäußerte Unmut und instinktives Mißtrauen gegen die Tendenzen der SS, von seiten der zur Totalität strebenden Parteiführer „natürlicher“ Argwohn, Nervosität und schlechtes Gewissen nach den blutigen Ereignissen des Sommers das Ihre beigetragen — all das gewiß gesteigert durch die ja keineswegs immer „haltlosen“ Kombinationen der Auslandspresse. Blombergs selbst schrieb rückschauend die Krise summarisch dem „Übermaß von Gerüchten und Mißtrauen“ zu, wovon auch die Wehrmacht erfaßt worden sei. Es werde „in nicht zu verantwortender Weise“ gesprochen; eine Anzahl von Offizieren habe die Nerven verloren; man solle Tatsachen melden, nicht aber Gerüchte kolportieren³⁵⁾. Deutlicher immerhin ist das Bild, daß Fritsch in einer Art Rechenschaftsbericht unmittelbar nach seinem Sturz bezeichnenderweise gerade von diesen Wochen gab³⁶⁾: „Durch die Umtriebe der SS im Herbst 1934“, so lautet sein subjektives Urteil, sei „eine große Erregung allenthalben entstanden. Die SS behauptete, die Armee bereite einen Putsch vor, von allen Wehrkreisen liefen Meldungen ein, daß die SS einen großen Schlag plane“. Nach einer Äußerung Fritschs vor den Befehlshabern am 12. Januar 1935 gingen u. a. „Gerüchte von einem Blutbad [auf Kosten des Heeres?] nach einem etwaigen Tode Hitlers“ um³⁷⁾. Von der gereizten Stimmung in der Wehrmacht erzählte um die Weihnachtszeit auch der Reichsstatthalter von Epp dem Sekretär Hitlers, Hauptmann Wiedemann; am Wehrministerium

seien Maschinengewehre in Stellung gebracht. Wiedemann berichtete dies Rudolf Heß und auf dessen Veranlassung Hitler selbst, der seine Mitteilungen jedoch ungläubig aufnahm³⁸⁾. Als der bisherige Abwehrchef, Kapitän Patzig, sich am 31. Dezember bei Fritsch abmeldete, kam dieser auf die Verleumdungen durch die Gestapo zu sprechen, denen sie beide ausgesetzt seien. Ihm, Fritsch, schreibe man Putschabsichten zu; wenn dies nicht aufhöre, werde er sein Amt zur Verfügung stellen. Er werde noch heute bei Blomberg vorsprechen und die Kabinettsfrage aufwerfen. Denn — erklärte Fritsch bezeichnenderweise — solange er aktiver Offizier sei, komme ein Putsch für ihn nicht in Frage³⁹⁾! Tags darauf, bei der Neujahrsgratulation der Reichswehr, betonte Hitler geflissentlich sein unbedingtes Vertrauen zu ihr. Am Nachmittag aber ging für Fritsch aus Äußerungen Görings „klar“ hervor, daß eine „wilde Hetze im Gange“ war, die sich vor allem gegen ihn selbst richtete⁴⁰⁾. Himmler, so behauptet Fritsch wieder in seinem „Rechenschaftsbericht“, habe ihm für einen bestimmten Tag im Januar (offenbar den 13.) die Absicht eines Putsches unterstellt⁴¹⁾ und damit auch bei Göring weitgehend Glauben gefunden. Als Verdachtsmoment spielte nach Fritschs Erinnerung ein ohne seine Veranlassung geplanter — Vortrag des Staatsrechtslehrers Carl Schmitt im Reichswehrministerium eine wichtige Rolle! „Göring behauptete“, so fügt Fritsch hinzu, „in dem Vortrag solle nachgewiesen werden, daß ein Putsch staatsrechtlich erlaubt sei. Dies in Gegenwart des Ministers und zahlreicher Offiziere!“ Als Fritsch daraufhin eine Klärung der Angelegenheit forderte, hat Göring seine Äußerung abgeschwächt. Doch jetzt sah Hitler die Dinge so ernst an, daß er sofort und in ungewöhnlicher Form eingriff.

Schwerlich hat Hitler selbst in diesen Wochen mit dem Gedanken gespielt, die „Gleichschaltung“ der Reichswehr, etwa durch einen Sturz Fritschs, einen wesentlichen Schritt vorwärts zu treiben. Wenn er aber noch einer Belehrung über die Grenzen dessen bedurfte, was er der Armee im gegenwärtigen Stadium seiner Herrschaft zumuten konnte, so mußten die erhaltenen Eindrücke sie ihm erteilen. Nicht nur „angesichts der bevorstehenden Saarabstimmung“⁴²⁾, schon aus innerpolitischen Gründen kam es daher jetzt darauf an, das erschütterte Vertrauen zahlreicher Offiziere zur nationalsozialistischen Führung wiederherzustellen. Bereits für den übernächsten Tag, den 3. Januar 1935, berief Hitler die Führer von Partei und Wehrmacht in die „festlich geschmückte“ Staatsoper Unter den Linden⁴³⁾, um hier hinter verschlossenen Türen zu ihnen zu sprechen. Von seiner anderthalbstündigen Rede wurden nur wenige Sätze veröffentlicht, sie ist im Wortlaut bis heute unbekannt. Ihren wesentlichen Inhalt, ihren Sinn und ihre psychologische Wirkung auf den Soldaten aber bekunden die (ausschließlich militärischen) Zeugen übereinstimmend. Danach hat Hitler seinen „unbeirraren Willen“ betont, Deutschland — über den Aufbau einer starken Wehrmacht — zu einem gesicherten, ehrenvollen Dasein und zu neuer Weltgeltung zu führen: gewiß ein Ziel, das „unerschütterliche Einigkeit“ erforderte. Natürlich verwendete er auch wieder das beruhigende Bild von den beiden „gleich wichtigen Säulen“, als welche Partei und Wehrmacht gemeinsam den neuen Staat tragen sollten⁴⁴⁾. Ja, er widmete sogar der einst so beredt angefochtenen⁴⁵⁾ Loyalität der Reichswehr gegenüber dem Weimarer Staat Worte verständnisvoller Würdigung, da eben — „Gehorsam

38) Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 191.

39) Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 540.

40) Vgl. Anm. 35.

41) Hoßbach a.a.O., S. 70 f. — Der Termin des 13. Januar (also des Tages der Saarabstimmung!) für den vermeintlich geplanten Putsch ergibt sich auf Grund der Angaben Fritschs (obwohl dieser selbst den 10. Januar, mit einem Fragezeichen, nennt) aus dem Termin des weiter unten erwähnten Bierabends der Reichswehrführung mit der Führung der SS, den Blomberg am 13. 1. 1935 veranstaltete und Fritsch zufolge (a.a.O.) für den „ersten fraglichen Tag“ des „Putsches“ anberaumt hat.

42) Wie es im Bericht des Völk. Beobachters vom 4. 1. 1935 hieß.

43) Ebenda. — Nicht in der Krolloper, wie J. W. Wheeler-Bennett (a.a.O., S. 337, Deutsch, S. 360) berichtet, dessen Angabe hinsichtlich einer Ehrenerklärung Hitlers für Schleicher und Bredow bei dieser Gelegenheit ebenfalls mit sämtlichen hier verwerteten Zeugnissen im Widerspruch steht.

44) Aufzeichn. des Gen. a. D. Liebmann für eine am 7. 1. 1935 veranstaltete Kommandeursbesprechung (Archiv Institut für Zeitgeschichte). — Auch Blomberg verwendete das Bild von den „beiden Säulen, die das Gewölbe des neuen Reiches tragen“, bei der Übermittlung der Neujahrswünsche der Wehrmacht am 1. 1. 1935, wie der VB am 3. 1. meldete.

45) Vgl. die Rede vom 15. 3. 1929 (in der Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament am 24. 11. 1954).

33) Völk. Beobachter, Südd. Ausg., 28. 11. 1934. — Vgl. Castellan a.a.O., S. 444: Informationen des frz. Mil. Att. General Renondeau über die damaligen Gerüchte und Divergenzen zwischen Reichswehr und SS.

34) Ebenfalls nach dem in Anm. 31 gen. Sonderbericht des Geheimen Staatspolizeiamts. Die letztgenannte Meldung brachte die Pariser Zeitung „Le Jour“ vom 25. 12. 1934.

35) Befehlshaberbespr. v. 12. 1. 1935 (Aufz. des Gen. a. D. Liebmann), Archiv Institut für Zeitgeschichte.

36) Aufz. v. 1. 2. 1938, wiedergegeben bei Hoßbach a.a.O., S. 68 ff. — Vgl. zum folgenden auch die Angaben des Gen. Admirals Boehm in Anm. 51.

37) Vgl. Anm. 35.

und konservativer Sinn“ das Wesen einer Armee ausmachten (und nun ihm selber zugute kommen konnten⁴⁶). Den stärksten Nachdruck aber legte Hitler in seiner Rede auf das „unbegrenzte und durch nichts zu erschütternde Vertrauen“, das er „zu dem Können, der Opferfreudigkeit und vor allem zur Loyalität der gesamten Wehrmacht“ hege. „Dies Vertrauen“, so hat einer der teilnehmenden Generale Absicht und Wirkung der Worte Hitlers seinen Offizieren anschaulich bezeugt, „kam in geradezu ergreifender Form zum Ausdruck, und wohl keiner, der dabei war, wird sich dem Eindruck entziehen können, daß hier ein Mann sprach, der durch keinerlei kleinliche Machenschaften in diesem seinem Vertrauen zu beirren ist, und daß uns hier ein Vertrauen entgegengebracht wird, das von keinem Ehrenmann getäuscht werden kann⁴⁷.“ Der in erster Linie betroffene Fritsch nannte die Rede „einziges Bekenntnis zur Treue der Armee und ihres Führers“ (der er selber war)⁴⁸.

Gewiß bedeutete Hitlers Eingreifen einen „aufseherregenden Achtungserfolg der militärischen Führer“⁴⁹; aber es bedeutete zugleich den erstrebten politischen Erfolg für ihn selbst: eine weitgehende Überwindung der psychologischen Nachwirkungen des 30. Juni. Zwar brauchte er der Heeresführung keine Putschpläne zuzutrauen. Daß für sie das „Grundgesetz“ der Stellung des Soldaten im Staat noch unerschüttert in Geltung stand, zeigt schon der Ausspruch Fritschs zu dem scheidenden Abwehrchef⁵⁰. Wohl aber hatte es seine Gefahren, wenn die spürbare Entfremdung zwischen Partei und Offizierskorps sich noch vertiefte oder gar ein Gefühl der Bedrohung die Reichswehr ergriff. Hitler wußte, daß ein gesundes Verhältnis zwischen Heer und Staat auf gegenseitigem Vertrauen beruht. Konnte er das bei zahlreichen Offizieren geweckte Mißtrauen wirksamer entzweifeln, als wenn er sie in einer ihre Ehre bindenden Form seines eigenen unerschütterlichen Vertrauens versicherte? Scheinbar war Hitler von „kleinlichen Machenschaften“ gegen die militärischen Führer — also doch von der so vielberufenen „Bespitzelung“ und Verdächtigung durch Parteiorgane — entschieden abgerückt. Hat er doch nach der Erinnerung eines weiteren Zeugen emphatisch erklärt: „Dann kommt aber vielleicht einer von der Partei und sagt zu mir: ‚Alles gut und schön, mein Führer, aber der General Soundso spricht und arbeitet gegen Sie!‘ Dann sage ich: ‚Das glaube ich nicht!‘ Und wenn dann der andere sagt: ‚Ich bringe Ihnen aber schriftliche Beweise, mein Führer!‘, dann zerreiße ich den Wisch, denn mein Glaube an die Wehrmacht ist unerschütterlich⁵¹.“ Tatsächlich bestärkte er damit die Offiziere in ihrem Wunschbild, daß zwischen dem „Führer“ und der „Partei“ zu unterscheiden sei, und zeigte sich ihnen zumindest in der Rolle des neutralen Schiedsrichters. So gewann er ein „Recht“ zu der bezeichnenden Mahnung, „das gegenseitige Vertrauen zwischen den großen Organisationen“, die der militärischen und der geistigen Wehrhaftmachung dienten, „nun endlich herzustellen“ und — der „Verbreitung von Gerüchten“ entgegenzuwirken, was denn auch in immer nachdrücklicheren Warnungen der Reichswehrführung an das Offizierskorps geschah⁵².

46) Foertsch a.a.O., S. 68 (nach eig. Erinnerung): Er sei heute glücklich darüber, daß sich die Reichswehr vor 1933 nicht auf seine Seite geschlagen habe, denn das Wesen einer Wehrmacht sei Gehorsam und konservativer Sinn, und von einer Wehrmacht, die damals ihren Eid nicht gehalten hätte, müsse er womöglich auch heute Untreue befürchten.

47) Vgl. Anm. 44.

48) In seiner Aufzeichn. v. 1. 2. 1938 (Höbbach a.a.O., S. 71). Vgl. auch G. Ritter a.a.O., S. 133.

49) Höbbach a.a.O., S. 74.

50) Vgl. oben S. 668; dazu Höbbach a.a.O., S. 176 (sowohl für das Jahr 1934 wie für die spätere Zeit).

51) Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 12 (Gen. Adm. a. D. Boehm). Von Interesse für die damaligen Vorgänge sind noch folgende Angaben des gleichen Zeugen: „Ich wohnte dieser Ansprache als Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, Konteradmiral, bei. Von der Front kommend, war ich über die politische Lage in Berlin wenig im Bilde. Ich traf vor der Ansprache den mir gut bekannten Adjutanten von Blomberg, v. Friedeburg, und fragte ihn, was denn los sei. Friedeburg erwiderte mir, es sei eine derartige Spannung zwischen Partei und Wehrmacht, daß unsereiner, wenn er ein Haus der SS beträte, heute nicht wüßte, ob er wieder herauskäme. — für mich völlig unfaßlich. Hitlers längere Ausführungen bewegten sich in sehr offenen Worten in der Richtung, daß ein untragbarer Zwiespalt zwischen Wehrmacht und Partei bestünde, die er als die beiden Säulen des Staates bezeichnete, — daß eine Änderung notwendig sei und von ihm verlangt werde, weil sonst der Staat Schaden erlitte.“

Die „Bespitzelung“ der Armee durch die Partei wurde von Fritsch immer wieder warnend erwähnt bzw. beanstandet: Befehlshaberbesprechungen und Aufzeichnung v. 1. 2. 1938 (Höbbach a.a.O., S. 71).

52) Vgl. Anm. 44, 35 und 57.

Noch einmal hatte Hitler der alten Reichswehr als politischem Faktor Rechnung getragen — doch ohne ihr mehr als einen „aufseherregenden Achtungserfolg“ einzuräumen. Er hatte ihre Sonderstellung bestätigt — doch ohne sie von der Konkurrenz der bewaffneten SS-Verbände zu befreien. Ein von Blomberg am 13. Januar veranstalteter Bierabend, der die Führer der Wehrmacht und der SS „in kameradschaftlichem Zusammensein vereinigte“, besiegelte den Waffenstillstand⁵³. Die von dem „Adjutanten der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler“, Major Höbbach, erwirkte und schriftlich niedergelegte Verfügung Hitlers an Blomberg und Himmler vom Februar 1935 regelte das gegenseitige Verhältnis wesentlich in dem bereits erwähnten Sinne: Die Waffen-SS sollte die Stärke von drei Standarten nicht übersteigen, keine Artillerie erhalten und nicht im Divisionsverband zusammengefaßt werden, ihre Angehörigen überdies im Kriege im Heer aufgehen; diesem wurde ein Besichtigungsrecht eingeräumt⁵⁴. Welche Bedenken der geschlossene Kompromiß dennoch bei Fritsch zurückließ, zeigt die Notiz eines Teilnehmers an der Befehlshaberbesprechung vom 12. Januar 1935 trotz ihres optimistischen Schlußsatzes deutlich genug: „Die ‚Division‘ ist bewilligt (leider!) und bleibt. Ob glücklich, ist fraglich. Sie wollen Artillerie, können sie aber vorläufig nicht bekommen. SS will natürlich mehr! Das wird noch Kämpfe geben, aber am schließlichen Siege der Wehrmacht ist nicht zu zweifeln . . .“⁵⁵.

Die Zeugnisse, in denen die überwundene Krise einen Niederschlag findet, verdienen nicht zuletzt deshalb Interesse, weil sie noch einmal in das innere Verhältnis der „alten“ Reichswehr zum nationalsozialistischen Regime einen wenigstens mittelbaren Einblick erlauben. Man darf danach gewiß nicht sagen, daß „die Generale aus ihrem Elfenbeinturm auf eine sonnige Welt blickten“, in der ihnen „die Siegesfrüchte reif zum Pflücken“ erschienen⁵⁶! Die Stimmung im höheren Offizierskorps war vielmehr durchaus zwiespältig. „Die Partei sei nicht völlig überzeugt, daß die Wehrmacht rückhaltlos auf dem Boden des neuen Staates stehe“, so äußerte sich einer der Generale vor seinen Offizieren zur Entstehung der Krise⁵⁷, und diese Skepsis der Partei war zweifellos berechtigter, als jener General es vor seinem Auditorium zugestehen konnte. Selbst Blomberg erklärte die letzten Ereignisse weitgehend mit dem fehlenden Verständnis für das „Wesen des neuen Staates“ der „nur einen Partei“ und suchte diesem Mangel mit der schwachen Begründung abzuwehren: der Führer habe dem alten Staat die Eingeweide herausgerissen, so daß es einer festen Organisation wie der NSDAP bedürft habe⁵⁸! Ein nicht minder beachtliches Indiz für die Einstellung des höheren Offizierskorps aber liefern jene sich wiederholenden Warnungen und Drohungen, die Blomberg ergehen ließ. Da heißt es etwa: Wer unbedachte Äußerungen tue, bringe seine Zukunft in Gefahr; die Befehlshaber dürften „nicht dulden, daß [in der Truppe] Zellenbildung gegen den Staat erfolgt; keine politischen Diskussionsklubs“. Ja, Blomberg sah sich veranlaßt, ein „Gerede von Ausnahmezustand und Diktatur“ festzustellen, und suchte es mit der naiven Frage zu entkräften: Gegen wen? Gegen den Führer? Das wäre absurd! Gegen den inneren Feind? Der sei doch viel zu schwach⁵⁹! Was bedeutet es, wenn der Oberbefehlshaber der „unpolitisch“ erzogenen Reichswehr eine solche Sprache für nötig hielt? Ist der Schluß zu gewagt, daß mindestens das höhere Offizierskorps noch ein brauchbares Instrument in der Hand einer Führung gewesen wäre, welche in der gegebenen Lage die Wahrung der elementaren sittlichen Grundlagen des Staates als eine auch für den Soldaten unabweisbare Verpflichtung

53) Völk. Beobachter, Südd. Ausg., 14. 1. 1935. Himmler hielt dabei einen Vortrag über die Aufgaben der SS (vgl. Höbbach a.a.O., S. 71).

54) Vgl. Höbbach a.a.O., S. 32 und Brief v. 18. 3. 1935 an den Verfasser.

55) Vgl. Anm. 35. Ähnlich die Informationen des Generals Renondeau, der jedoch der Reichswehr einen gewissen Erfolg zuerkennt, bei Castellani a.a.O., S. 445.

56) Wheeler-Bennett a.a.O., S. 333 (Deutsch, S. 356).

57) Aufz. des Gen. a. D. Liebmann für eine Kommandeurbesprechung am 15. 1. 1935 (Archiv Institut für Zeitgeschichte): „Die Wehrmacht andererseits glaubt immer wieder feststellen zu müssen, daß Parteiorganisationen sich trotz allem, was befohlen und vereinbart ist, mit Dingen befassen, die nach dem Willen des Führers der Wehrmacht als dem alleinigen Waffenträger vorbehalten sind“. Beide Behauptungen (sowohl die der Partei wie die der Wehrmacht) seien im wesentlichen falsch.

58) Vgl. Anm. 35.

59) Vgl. Anm. 35 und Foertsch a.a.O., S. 58 (die dort wiedergegebenen Notizen dürften sich, nach einem Vergleich mit denen des Generals a. D. Liebmann, ebenfalls auf die Befehlshaberbesprechung vom 12. 1. 1935 beziehen).

tung gegenüber der Nation erkannt und demgemäß eine „vorbeugende Verwertung des Schwergewichts der Armee“⁶⁰⁾ sich zur Aufgabe gemacht hätte?

Statt dessen setzte Blomberg die kritischen Elemente des Offizierskorps im steigenden Maße unter „moralischen“ und „nationalen“ Druck. Er erkannte nur zu gut die inneren Vorbehalte, die mancher mit dem Satz zu rechtfertigen suchte: „Die Wehrmacht muß unpolitisch sein“, und er mißbilligte eine solche Auffassung wiederum entschieden. „Autoritäre Führung, Überwiegen des Staatsinteresses, brüderliche Volksgemeinschaft“, kennzeichnete er als Ideengehalt des neuen Reiches. Keinesfalls könne die Wehrmacht da „beiseite stehen“. Im übrigen, so gab er mahnend zu bedenken, wäre ihr Aufbau im alten Reich unmöglich gewesen⁶¹⁾. Damit verknüpfte er einen Appell an die „Riesenaufgabe“, der die Armee sich widmen müsse. So stark denn auch der Führer entschlossen sei, den Weg der Wehrmacht nicht zu hemmen, ebenso unerträglich sei es, wenn die Wehrmacht über ihre Grenzen hinausgreife⁶²⁾. — Soweit Blomberg selbst. Aber auch Fritsch, bei welchem Warnungen an das Offizierskorps vor offener Sprache durch den steten Hinweis auf die Gestapo charakterisiert sind, erklärte doch, daß die Verteidigung auf Hitler ein ähnliches Verhältnis wie zum Kaiser begründe. Damit scheidet die Person des Führers aus absprechender Beurteilung aus, und jeder Soldat habe sich vor die Person des Führers zu stellen⁶³⁾. Versperrte die Anwendung solcher Kategorien nicht die Erkenntnis für die Rolle eines Diktators? Sagte Fritsch sich nicht, daß es nur von diesem abhing, der erregenden „Bespitzelung“ der Armee durch die Organe seiner Partei ein Ende zu machen, erkannte er nicht, daß die tatsächliche Fortdauer solcher Überwachung Hitlers feierliche Bekundung seines Vertrauens zu einem bloßen Lippenbekenntnis reduzierte — kurz, daß sich der Soldat den logischen Konsequenzen des Führerprinzips im Positiven wie im Negativen am allerwenigsten verschließen durfte? Sicherlich fehlte es dem Offizierskorps an „Verständnis“ für das Wesen des neuen Staates, nur in ganz anderem Sinne als Blomberg meinte. Und mit dieser Verkennung verknüpfte sich allerdings eine „naive“ Überschätzung der eigenen Machtstellung. Es ist heute leicht, sie zu konstatieren und zu ironisieren. Der Kritiker übersehe jedoch nicht, daß s e i n e r z e i t auch Stimmen des Auslandes der Reichswehr in der Auseinandersetzung mit der NSDAP zu wiederholten Malen Erfolge bescheinigt und die Stärke ihrer Position hervorgehoben haben⁶⁴⁾, also von einem anderen Standpunkt oder Wunschbild her der gleichen Täuschung erlagen wie die unmittelbar Betroffenen! Nicht daß die Heeresführung die Phase des Kampfes mit Partei und SS bereits überwunden glaubte. Hitler selbst aber hatte, so schien es, die entscheidenden Interessen der Reichswehr am Ende immer noch respektiert. So gab man sich weitgehend der Zuversicht hin, daß die Gleichschaltungstendenzen der Partei, die alle übrigen Bastionen „konkurrierender“ Machtbildung eingegeben hatte, an der Abwehrstellung des Heeres scheitern, ja daß die revolutionären Triebkräfte der Nation seinem Beharrungsvermögen auf die Dauer unterliegen würden, ohne daß es die traditionellen Grenzen soldatischer Haltung zur „Politik“ zu verlassen brauchte.

2. Von der allgemeinen Wehrpflicht bis zur Fritsch-Krise

Nach dem großen psychologischen Erfolg Hitlers in der Staatsoperkündigung, dem sich der siegreiche Ausgang der Saarabstimmung anschloß, ging die Zeit der alten Reichswehr ihrem Ende entgegen. Am 16. März 1935 wurde — zu diesem Zeitpunkt selbst den führenden Militärs überraschend⁶⁵⁾ — die allgemeine Wehrpflicht erneuert. Auch wenn Hitlers rückschauende Äußerungen es nicht beweisen würden⁶⁶⁾, wäre nach allem Vorausgegangenem klar, welche Bedeutung dieser Schritt in seinen Augen auch für die politische Durchdringung der Armee besaß. Grundsätzlich von der Reichswehrrführung stets erstrebt, da als nationale Notwendigkeit betrachtet, lagen die Nachteile der Neuerung für sie selbst doch auf der Hand⁶⁷⁾. Nicht allein die fachlich-technische Qualität der Wehrmacht wurde für geraume Zeit zugunsten der Quantität beeinträchtigt, die Wandlung griff erheblich tiefer. Mit der Umstellung vom Berufsheer sorgfältig ausgewählter Freiwilliger auf das Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht wurde die Armee den Strömungen der einer „einheitlichen Willensbildung“ unterworfenen Masse viel stärker ausgesetzt als bisher, lockerte sich überdies der Zusammenhang zwischen Führern und Geführten. „Das Heer“ — so hat ein höherer Offizier der Reichswehr aus der Rückschau zugespitzt gesagt — „war zum milizartigen Verband, zur Improvisation in Permanenz geworden, aufgegangen in der Masse und von ihr getragen. Die geschlossenen Kader standen jetzt auf Himmlers Seite⁶⁸⁾.“ Auch das Offizierskorps verlor mit der raschen Vermehrung durch Reaktivierete, Aufgerückte und Neuausgebildete weitgehend jenen Charakter der autonomen, von einem überpersönlichen Ethos bestimmten Körperschaft, welcher für seine Behauptung gegenüber Einbruchversuchen des Parteistaats, erst recht aber für sein Wirken als konservatives Gegengewicht im Leben der Nation die wichtigste Voraussetzung bildete. Blieben doch nicht wenige der Reaktivierten, der Polizeioffiziere und heranwachsenden jungen Offiziere der Partei nach Gesinnung und Interesse verbunden. Mit der Aufstellung der Luftwaffe schließlich, unter dem Oberbefehl des Parteigenossen und Ministers Göring, war die Einheitlichkeit der Wehrmacht und ihrer Gesamtleitung, die schon durch Blombergs sachliche Divergenz mit Fritsch gestört wurde⁶⁹⁾, vollends nur mehr theoretisch gegeben. Die Belastungen, die sich aus dieser tiefgreifenden Wandlung für die politische Position der Armee ergaben, sollten sich in der Folge auf Schritt und Tritt fühlbar machen.

Mit der Erneuerung der allgemeinen Wehrpflicht aber traten auch praktische und grundsätzliche Gegensätze zwischen den gesamtpolitischen Auffassungen Hitlers und der Wehrmachtführung hervor, die eine Reihe schwerwiegender Meinungskonflikte auslösten. Es versprach nichts Gutes für die Zukunft, daß der Diktator die Wiederherstellung der Wehrhoheit beschloß, ohne seinen Plan auch nur mit dem verantwortlichen Minister und Oberbefehlshaber der unmittelbar betroffenen Armee zu beraten. Es bedurfte der dringenden Bitte des Wehrmachtsadjutanten Hoßbach, dem Hitler zwei Tage vorher seinen Entschluß mitteilte, um diesen zu bewegen, wenigstens Blomberg und einige der übrigen Kabinettsmitglieder, die er aus Gründen der Geheimhaltung nicht hatte orientieren wollen, über seine Absicht zu unterrichten und einen kleinen Ministerrat einzuberufen. Die Reichswehrrführung stand im Hinblick auf die begonnene Aufrüstung stark unter dem Eindruck der außenpolitischen Isolierung des Reiches⁷⁰⁾. In der Befürchtung einer Intervention nahm Blomberg die Nachricht Hoßbachs daher mit Ent-

60) Wie Halder in seinem Brief v. 6. 8. 1934 an Beck schrieb, vgl. Anm. 170, Beilage der Wochenzeitung Das Parlament vom 24. 11. 1954.

61) In den Notizen des Gen. Ob. Heinrici (Foertsch a.a.O., S. 58) heißt es dazu: „Kein Staat tut mehr für seine Armee“.

62) Vgl. Anm. 59.

63) Ebenfalls in der Befehlshaberbesprechung v. 12. 1. 1935 (Aufz. des Gen. a. D. Liebmann), Archiv Institut für Zeitgeschichte.

64) Vgl. einige der oben S. 667 erwähnten Pressestimmen, dazu das Urteil des franz. Mil. Att. General Renondeau, s. Anm. 54. — Die „Leitmélodie“ der englischen Pressestimmen, die Beck und Halder nach dem 30. 6. 1934 und dem Tode Hindenburgs von dem rhein. Industriellen Boehm-Tettelbach (vgl. weiter unten S. 671) übermittelt wurden, ging laut Halders Brief an Beck v. 6. 8. 1934 (mit freundl. Erlaubnis von Präsident a. D. Wolfgang Foerster aus dem Beck-Nachlaß nach dem Original zitiert) dahin: „daß heute die Reichswehrrführung die innere Entwicklung Deutschlands bestimmt, weil der Führer auf sie angewiesen ist“. Der gleiche Leitgedanke beherrsche die übrige ausländische Presse. In einem in Übersetzung beiliegenden Artikels des „Evening Standard“ (o. Datumsangabe) heißt es: „Äußerlich wird die Machtstellung der Nationalsozialisten noch eine Zeitlang aufrecht erhalten werden, aber das Schicksal Deutschlands liegt jetzt in den Händen seiner Generale. Sie werden dem neuen Präsidenten den Eid leisten, aber er wird ihnen zu gehorchen haben, weil keine andere Macht da ist, von der er abhängt“. — Auch wenn man bei diesen Urteilen des Auslandes über die damalige Position der Reichswehr eine gewisse Tendenz in Rechnung stellt, bleiben sie bemerkenswert genug.

65) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 94 f.; Foerster a.a.O., S. 32. In den Aufzeichnungen des Gen. a. D. Liebmann über die Befehlshaberbespr. v. 9. 10. 1934 (Archiv Institut für Zeitgeschichte) heißt es: „Wehrgesetz mit allgemeiner Wehrpflicht hoffentlich am 1. 10. 1935 in Kraft“.

66) Vgl. das Zitat aus den „Tischgesprächen“ (S. 429) auf S. 615, Sp. 2 (Beilage der Wochenzeitung Das Parlament v. 24. 11. 1954).

67) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 105 (danach wurde zeitweilig in der Heeresleitung daran gedacht, „im Rahmen des Wehrpflichtheeres eine Anzahl geschlossener, aus Berufssoldaten bestehender Truppenteile zu unterhalten“).

68) Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 125 General a. D. Röhricht).

69) Vgl. Hoßbach u. a. S. 68 f., 82, 108, 113 ff.

70) Dies kommt bei allen Befehlshaberbesprechungen (bes. denen v. 9. 10. 1934, 12. 1. und 24. 4. 1935) zum Ausdruck: Aufz. des Gen. a. D. Liebmann, Archiv Institut für Zeitgeschichte.

setzen auf. Im Ministerrat am Abend des 15. März machte er, der Vertreter der Armee, namentlich gegen eine Verkündung der Wehrpflicht, lebhaft Besorgnisse geltend, welche die zivilen Minister nicht teilten. Am folgenden Tage ließ Blomberg freilich seine Bedenken fallen⁷¹). Tatsächlich ging die Reaktion der Westmächte über einen formalen Protest nicht hinaus. Fritsch, der Hitler nachdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß die praktische Durchführung der Wehrpflicht mehrere Jahre erfordere, erklärte im April vor den Befehlshabern, der Schritt sei in irgendeiner Form unumgänglich geworden; eine heimliche Wehrpflicht wäre nur im begrenzten Umfang denkbar, ihre Verkündung „zwar mit weniger Dramatik“ möglich gewesen⁷²). Hitler aber hatte gegen die ursprünglichen Bedenken der Wehrmachtführung das Recht des Erfolges auf seiner Seite.

Ganz ähnlich verliefen die Ereignisse ein Jahr später anlässlich der Wiederbesetzung des Rheinlandes. Unter einem bei gewissenhafter Erwägung der Lage nicht zu verantwortenden Risiko schritt Hitler zu dieser Umwälzung der militärisch-politischen Gesamtkonstellation. Blomberg und Fritsch hatten angesichts der Unmöglichkeit, die junge Wehrmacht einem bewaffneten Konflikt mit Frankreich auszusetzen, ihre Bedenken nicht verhehlt⁷³). Der „nackte politische Hasard“, wie der ehemalige deutsche Militärattaché in London sagt⁷⁴), konnte keinem Einsichtigen entgehen. Blomberg ging in seiner Besorgnis zeitweilig so weit, die Zurückziehung der drei über den Rhein entsandten Bataillone zu fordern. Selbst Hitler scheint vorübergehend geschwankt zu haben — sprach dann aber von den „schwachen Nerven“ des Ministers⁷⁵). Die drei Wehrmachtattachés in London hielten es nach den dort gewonnenen Eindrücken für ihre Pflicht, in der ungewöhnlichen, dienstlich anfechtbaren Form eines gemeinsamen Telegramms die bestehende Kriegsgefahr zu betonen, und erregten damit den lebhaften Unwillen Hitlers. Trotz seines eigenen Schwankens wies Blomberg sie zurecht: sie hätten auch in schwierigen politischen Lagen ihre Nerven zu bewahren! Voller Bedenken gegen solche Beschränkung einer objektiven Berichterstattung schrieb daraufhin Beck an den Militärattaché: „Den Brief des Herrn Reichskriegsministers habe ich nicht verhindern können. Meine persönliche Ansicht ist die, daß nicht Sie Ihre Nerven verloren haben, sondern ganz andere Leute⁷⁶).“ Hitler selbst aber bemerkte bald darauf bei einem Besuch in Frankfurt zu seiner Umgebung: „Wenn ich auf meine Generale gehört hätte, stände ich heute nicht hier⁷⁷). Bildete ihre Warnung vielleicht auch nicht gerade die „erste“ Quelle seines Mißtrauens gegen sie, wie Manstein sagt⁷⁸), so steigerte jedenfalls Hitlers Triumph sein Mißtrauen und vor allem sein Selbstgefühl gegenüber den Generalen erheblich.

Mit einer für den Rückschauenden erschütternden Konsequenz ging Hitler auf die Verwirklichung seiner „Lebensraum“-Pläne aus, die er in seinem Buch „Mein Kampf“ entwickelt hat. Bereits am 3. Februar 1933 und am 28. Februar 1934 hatte er sie vor den Generalen vage anklingen lassen, ohne ernstgenommen zu werden⁷⁹). Fünf Monate nach dem Gelingen der Rheinlandaktion forderte er in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan „für die Zukunft eine endgültige Lösung“ der deutschen Wirtschaftsnot durch „Erweiterung des Lebensraumes“, „für den Übergang eine vorübergehende Entlastung“ durch eine wirtschaftliche Aufrüstung, um „den Krieg im Frieden vorzubereiten“. In vier Jahren sollte die deutsche Armee „einsatzfähig“, die deutsche Wirtschaft „kriegsfähig“ sein⁸⁰). Weit eingehender und konkreter bekundete Hitler be-

kanntlich am 5. November 1937 vor den Spitzen der Wehrmacht und dem Außenminister von Neurath seinen „unabänderlichen Entschluß“, die deutsche „Raumnot“ durch „Gewinnung eines größeren Lebensraumes ... im unmittelbaren Anschluß an das Reich ... spätestens 1943/45“ gewaltsam zu lösen. Bei günstiger politischer Konstellation wollte er jedoch bereits früher, gegebenenfalls schon 1938, handeln und dann zunächst die Tschechoslowakei und Österreich einverleiben⁸¹). In der anschließenden Aussprache machten Blomberg und Fritsch, wie es einem Hitler gegenüber nahe lag, in erheblichem Maße fachlich-militärische Bedenken geltend, die jedoch den tiefen Gegensatz der Auffassungen verrieten. Die Diskussion nahm, vor allem zwischen Blomberg und Fritsch einerseits und Göring andererseits, zeitweilig recht scharfe Formen an. Daß seine hochfliegenden Pläne statt grundsätzlicher Zustimmung sachlich-nüchterner Skepsis begegneten, verfehlte seinen Eindruck auf Hitler offensichtlich nicht⁸²). Gleichwohl vermißt man auf Seiten der führenden Militärs in der Folge eine Reaktion, wie man sie nach solcher Selbstenthüllung Hitlers hätte erwarten sollen⁸³). Glaubte man immer noch, Hitler werde sich im entscheidenden Augenblick den Realitäten anpassen? Dieses Wunschbild war ebenso verführerisch wie bequem. Und dabei war selbst Blomberg, als ihm der Londoner Militärattaché im Herbst 1935 warnend vorstellte, daß ein deutscher Konflikt mit den Westmächten schließlich die Russen an den Rhein führen könnte, einmal nicht „dienstlich“ geworden, sondern hatte müde und achselzuckend eingeräumt: „Ja, wissen Sie, diese Leute sind solche Herostraten“⁸⁴).

Von einem der führenden Generale allerdings — dem Generalstabschef Ludwig Beck — wissen wir, daß Hitlers Ausführungen vom 5. November 1937, als er sie durch Hoßbach vertraulich erfuhr, einen niederschmetternden Eindruck auf ihn machten⁸⁵). Längst dachte Beck kritisch über das Regime und seine „Politik der Gewalt und des Treubruchs“⁸⁶). Wohl hatte auch er an die Übernahme der Macht durch Hitler zunächst die Hoffnung geknüpft, sie werde der inneren und äußeren Gesundheit des Reiches dienen. Nach den Erfahrungen des Jahres 1933, den zunehmenden Reibungen zwischen Wehrmacht und SA in der Folgezeit aber bereitete sich bei Beck eine Wandlung vor. Der 30. Juni 1934 bedeutete dann offenbar den Wendepunkt für ihn⁸⁷). Er setzte seine Zweifel in die offizielle Version einer akuten Putschgefahr⁸⁸) und ließ sich über das Echo jenes Ereignisses und des bald folgenden Mordes an Dollfuß im Ausland von privater und amtlicher Seite unterrichten. So gab sein einstiger Regimentskamerad, der rheinische Industrielle und ehemalige Major Boehm-Tettelbach, der uns später wieder begegnen wird, Beck ein ungeschminktes Bild von den für deutsche Besucher bestürzenden Eindrücken in London⁸⁹). Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow aber — mit dem der General Verbindung hielt, bis Blomberg es verbot⁹⁰) — verhehlte ihm nicht, daß die Welt „einem Führer bzw. einer Regierung, die sich so über alle Rechtsbegriffe hinwegsetzt“, auch außenpolitisch alles zutraue. Der ganze Ernst dieser Lage müsse erkannt und der maßgebenden Stelle klargemacht werden; denn ein bedenkenloses Weiterschreiten auf solchem Wege beschwöre die Gegenwehr der Mächte und damit einen für Deutschland „hoffnungslosen Endkampf“ herauf. Es fehlte auch nicht

81) Nach dem bekannten Hoßbachdokument 386 — PS, IMT Bd. XXV, S. 402 ff.

82) Hoßbach a.a.O., S. 138 f., 219.

83) Vgl. die scharfe Kritik Schachts daran, daß weder Fritsch, Neurath noch Raeder ihm die geringste Andeutung über Hitlers Ausführungen v. 5. 11. 1937 gemacht hätten: Aussage v. 3. 1. 1953 vor dem Arbeitskreis der „Europäischen Publikation“.

84) Geyr a.a.O., S. 73.

85) Hoßbach a.a.O., S. 218.

86) Vgl. Foerster a.a.O., S. 70.

87) Ebenda, S. 25 ff., 53. Becks Warnung an Schleicher: s. o., S. 623 mit Anm. 133 (Beilage der Wochenzeitung Das Parlament v. 24. 11. 54).

88) Archiv Inst. f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 152 (Wandel der Einstellung Becks zum NS „spätestens im Winter 1933/34“).

89) Zwei Briefe Boehm-Tettelbachs (einer, aus London, undatiert; der zweite v. 5. 8. 34) befinden sich im Beck-Nachlaß. Boehm ließ Beck eine Reihe von Ausschnitten aus englischen Zeitungen in Übersetzung „auf kleinen Umwegen zugehen“. Ihren Gesamteindruck kennzeichnete er u. a. dahin: „Wenn Blomberg, oder wer es sonst sei, geschickt operiert, liegt das weitere Schicksal Deutschlands in seinen Händen.“ — Boehm hatte gemeinsam mit Beck, als dieser junger Leutnant war, dem Feld-Artillerie-Regiment 15 in Straßburg angehört.

90) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 152.

71) Hoßbach a.a.O., S. 94 ff.

72) Befehlshaberbespr. v. 24. 4. 1935.

73) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 97; Archiv Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 152. Zur Haltung deutscher mil. Kreise ferner Boeninger a.a.O., S. 31 f.

74) Geyr v. Schweppenburg, Erinnerungen eines Militärattachés, Stuttgart 1949, S. 80.

75) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 98. Vgl. auch weiter unten.

76) Vgl. Hoßbach a.a.O.; Geyr a.a.O., S. 87 f.

77) Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre, Wiesbaden 1950, S. 45.

78) In Nürnberg; IMT Bd. XX, S. 657; dazu P. Bor, Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950, S. 11.

79) Vgl. S. 616, 621 (Beilage der Wochenzeitung Das Parlament v. 24. 11. 1954) mit Anm. 64, 66, 108.

80) S. die Denkschrift in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 204 ff.

scheinen mag, die für die Entwicklung der seelischen Einstellung von Volk und Wehrmacht zur Herrschaft Hitlers jedoch wohl die gefährlichste war. Das Regime hatte sich innerpolitisch konsolidiert; es hatte bedeutende wirtschaftliche Erfolge errungen; es hatte über große anfängliche Schwierigkeiten und höchst gefährliche Wendungen hinweg auch außenpolitisch ein ungeahntes Maß von Macht und Handlungsfreiheit erreicht. Jetzt war in der Folge gewaltsamer innerer Entladungen und gewagter äußerer Aktionen eine Pause eingetreten, war dem Ausland mit der glänzenden Organisation der Olympischen Spiele eine gefällige Schauseite des neuen Staates dargeboten worden. Um so mehr ließ das Gefühl des Unabänderlichen, das innere Bedürfnis nach ruhigerer, stetiger Entwicklung alle jene, die noch nicht überzeugte Gegner des Regimes geworden und doch seinem Geist und seinen materiellen Vorteilen nicht völlig verfallen waren, einen Ausgleich und eine Befriedigung suchen. Sie fanden diese in dem Wunschbild eines Abklingens der Revolution, in der vagen Hoffnung, ihr Fanatismus und ihre Stoßkraft würden erlahmen, ihre Methoden sich schließlich selbst ad absurdum führen, ihre auf Zerschlagung der überkommenen Werte abzielenden Tendenzen aber an der gesunden Substanz des Volkes scheitern¹⁰⁵). Zumal die „Unpolitischen“, deren Zahl durch die unter dem Druck des allmächtigen Staates Resignierenden ständig wuchs, flüchteten sich in solche individuell recht unterschiedlichen Stimmungen. Diese wurden häufig genährt durch die Hoffnung der vielen anfänglich Sympathisierenden, die scheinbar guten Gedanken und Kräfte der Bewegung möchten nicht schmachvoll vertan sein, sondern durch die Überwindung alter Gegensätze und die Konzentration des gesamten Volkes auf die großen Ziele der Nation einer dauernden Stärkung des Reiches dienen.

In Wahrheit wurde die Revolutionierung der deutschen Institutionen und der seelischen Substanz ihrer menschlichen Träger inzwischen planmäßig immer weiter getrieben. Alle Lebensbereiche wurden dem Parteistaat unterworfen, schablonisiert und unter ständigem Vorgeben eines Gemeinwohls dem einseitigen Machtinteresse seiner Führung dienstbar gemacht. Neben dem offenen Terror, der äußerlich zurücktrat oder sich im schon „vertrauten“ Gewande der Konzentrationslager als Dauereinrichtung „normalisierte“, war ein mehr latenter getreten, für das Bewußtsein aller jederzeit imstande, sich als präventive Justiz gegen sogenannte Volksschädlinge in handfeste Brutalität umzusetzen. Ihre eigentliche Signatur aber fand diese Periode in der bewußten Zersetzung des Rechtswesens und einer konsequenten Stärkung der Macht der Polizei. So wurde die „nationalsozialistische Weltanschauung“ als maßgebend für die Auslegung aller Rechtsquellen erklärt¹⁰⁶), der Grundsatz der Rechtsgleichheit für alle weiterhin entkräftet, in der Strafverfolgung im Dienste ein und desselben Zieles die Stellung der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Angeklagten und dem Gericht gestärkt, gegenüber der Polizei jedoch geschwächt¹⁰⁷). Die Polizei selbst aber wurde erweitert, unter Himmler zentralisiert und im Wege einer Verschmelzung mit der SS zu einer Institution eigener Art entwickelt, die als Instrument der politischen Führung von Bindungen gegenüber Gesetz und Gerichten weitgehend gelöst war¹⁰⁸). All diese tiefgreifenden Umwälzungen konnten sich dank pseudolegalen Handhabens einigermaßen geräuschlos vollziehen. Ein anspruchsvolles Scheinbild „neuer Ordnung“ verdeckte die Auflösung jeder echten Gesetzmäßigkeit, und die immer noch ansehnlichen Reste eines Rechtsstaates auf Gebieten, welche die Machtinteressen des Nationalsozialismus nicht weiter berührten, dienten der einstweiligen Täuschung zahlloser Wohlmeinender. Ein Schlaglicht auf den wahren Stand der Dinge wirft es jedoch, wenn der verantwortliche Reichsjustizminister anlässlich der Erkundigung eines amerikanischen Journalisten nach dem Schicksal eines Verhafteten dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn im

Mai 1935 „sehr erregt“ erklärte: „Er möchte schon gar nicht in eine Gesellschaft gehen, wo er Ausländer antreffen könnte. Denn regelmäßig würden ihm ähnliche Fragen wie heute vorgelegt, immer mit leichtem Hinweis auf den Begriff des Rechtsstaates. Es sei zum Verzweifeln. In den letzten Wochen seien wieder sechs Morde in den Konzentrationslagern vorgekommen. Wenn man Himmler das erzähle, dann bekomme man die Antwort, er müsse die kommunistische Gefahr bekämpfen.“ Und auf die Frage Sahms, wie denn der zuständige Reichsinnenminister Frick zur Geheimen Staatspolizei stehe, erwiderte Gürtner vielsagend: „Göring und Heydrich wiegen mehr als 100 Frick¹⁰⁹).“

Dem Offizierskorps der alten Reichswehr aber lag in diesen Jahren die „riesenhafte Aufgabe“¹¹⁰) ihrer Umwandlung und Erweiterung zur neuen Wehrmacht ob. Sie bedeutete ihm naturgemäß ebenso ein ureigenes wie ein nationales Werk, dem es sich mit Leidenschaft widmete und das vor allem seine ganze Kraft erforderte. Schon diese Umstände waren dazu angetan, seine Aufmerksamkeit dem eigenen Bereich vorzubehalten und von der verhängnisvollen Fortentwicklung der Innenpolitik abzulenken. Es kam hinzu, daß die Führung des Heeres durchaus bestrebt war, den Neubau im Geiste der alten soldatischen Traditionen und Tugenden zu vollziehen. Ihr blieben Charakter, fachliche Eignung und Leistung, nicht aber die „vorgezeichnete“ Gesinnung oder „Verdienste um die Bewegung“ maßgebend für die Auslese, blieben Sachlichkeit, Sauberkeit und innerer Anstand nicht nur dem Namen nach leitende Grundsätze persönlicher Haltung¹¹¹). Zeitgenossen ist es in lebhafter Erinnerung, wie häufig und geflissentlich gerade der einberufene Funktionär in der Wehrmacht über die Grenzen seiner Bedeutung belehrt, welche relativ geringe praktische Geltung die Ideologie und das machtpolitische Interesse der NSDAP sich hier verschaffen konnten¹¹²). „Die Partei“, so hatte Hitler mit dem eindeutigen Sinn einer Beschränkung der Erziehungsaufgabe des Militärs gesagt, „gibt dem Heer das Volk“¹¹³) —: Für Fritsch und seine militärische Generation blieb die NSDAP jedoch weitgehend „eine Partei“ im früheren Sinne, deren Einflüsse innerhalb des Heeres und seines Dienstbereichs „zersetzend“ wirken mußten¹¹⁴). In der Befehlshaberbesprechung vom 18. November 1935 erklärte Fritsch — von Reformbestrebungen „extremer Teile der NSDAP“ in bezug auf die Wehrmacht sprechend —: Weltanschauliche Kämpfe innerhalb der Truppe müßten unterbleiben. Die Weltanschauung des Soldaten sei Erfüllung seiner Pflicht. Revolutionärer Geist möge gut sein. In einer auf Gehorsam aufgebauten Institution habe er keine Stätte¹¹⁵).

Damit war, obschon mehr instinktiv und unwillkürlich, eine Position der inneren Vorbehalte gegenüber dem Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus umrissen. Fritsch und seine Mitarbeiter wollten in ihrem Bereich in strenger Sachlichkeit im Grunde auch jetzt noch einem überparteilichen, absoluten Deutschland dienen, nicht den selbstgemachten Doktrinen, der kurzfristig-zweckhaften Rason und den engen Machtinteressen der totalitären Partei. Hammerstein soll damals die Offizierslaufbahn „auch so eine Form der inneren Emigration“ genannt haben¹¹⁶), und es widerspricht solchem Urteil schwerlich, wenn ein amtlicher Wehrpublizist die Behauptung „einer großen englischen Zeitung“, die Wehrmacht sei „eine Freistatt für politische Freidenker“, als „die größte Unwahrheit

109) Tagebucheintragung vom 14. 5. 35 (vgl. Anm. 21). Zum Bilde Hitlers selbst in diesen Jahren gehört es, daß er am Sarge des ermordeten Landesgruppenleiters Gustloff am 12. Febr. 1936 zu behaupten wagte: „Dann betrat die nationalsozialistische Bewegung ihren Weg, und ich muß hier feierlich feststellen: auf diesem Wege unserer Bewegung liegt nicht ein einziger von uns ermordeter Gegner, nicht ein Attentat. Wir haben das vom ersten Tage an abgelehnt. Nie kämpften wir mit diesen Waffen.“ (Völk. Beobachter, Münchener Ausg., 13. 2. 36.)

110) Notiz Gen. a. D. Liebmanns für die Kommandeurbespr. v. 15. 1. 35 (Archiv Institut f. Zeitgesch.).

111) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 105 ff., 179. Dazu Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugnenschrifttum Nr. 66.

112) Vgl. auch H. Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1949, S. 83 u. H. Fraenkel, The German People versus Hitler, London 1940, S. 200 ff.

113) Auf dem Reichsparteitag 1936, vgl. die offiziöse Schrift „Wehrmacht und Partei“, herausg. v. R. Donnevert, Leipzig 1938, S. 30. Im übrigen Hoßbach a.a.O., S. 47 ff., 58 ff.

114) So Fritsch in seiner Aufzeichnung, v. 1. 2. 38, Hoßbach a.a.O., S. 70. Vgl. auch Foertsch a.a.O., S. 149.

115) Aufzeichnung des Gen. a. D. Liebmann (Archiv Institut f. Zeitgesch.).

116) Vgl. Rothfels a.a.O., S. 84.

105) Vgl. F. v. Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Neubearbeitung Zürich 1951, S. 81 über die entsprechende Auffassung Becks und Hassells i. J. 1935.

106) Vgl. die von Dr. Hans Frank am 14. 1. 36 verkündeten Leitsätze über „Die Stellung des Richters im nationalsozialistischen Staat“, K. Hohlfeld, Dokumente der deutschen Politik u. Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Bd. IV, Berlin und München 1954, S. 266.

107) Vgl. die Tübinger Dissertation von Alfons Wenzel, Die Machterweiterung und Machtverminderung der Staatsanwaltschaft in der Zeit von 1933—1945.

108) Vgl. Hans Buchheim, Die SS in der Verfassung des Dritten Reiches, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 131 f. u. 135 f.; dazu § 7 des Gestapo-Gesetzes vom 10. 2. 36, Preuß. Gesetzessammlung, S. 21 f.

und die schlimmste Beleidigung des deutschen Soldaten“ bezeichnete¹¹⁷). Der gleiche Publizist hatte gewiß auch Anlaß genug, den Begriff „überparteilich“ im nunmehrigen Einparteistaat als „überstaatlich“ (und daher als widersinnig) zu ironisieren, ja „den totalen Führungsanspruch der Partei“ als eine „Rechtfertigung der Clausewitzschen Ideen über das Verhältnis von Staatsmann und Feldherr“ auszugeben¹¹⁸)! Man wird die Bedeutung solcher Indizien nicht überschätzen, aber im ganzen sagen dürfen, daß die Entwicklung dieser Jahre, neben der ungewollten Ablenkung durch das Aufbauwerk, auch ein bewußtes Sich-Abschließen des Offizierkorps von der Politik gefördert hat. Wie selbst mancher dem Regime kritisch gegenüberstehende Zivilist in dieser Zeit der Konsolidierung des Nationalsozialismus nach einer politikfreien Sphäre rang und wohl auf seinem Fachgebiet Befriedigung suchte, so gab sich erst recht der Großteil des alten Offizierkorps gern der „reinen Sachlichkeit des Dienstes“ hin¹¹⁹), die ihm das belastende Bild der inneren Politik fernhielt. Seine Einstellung ähnelte in vieler Hinsicht jener Haltung, welche die Reichswehr des Generalobersten von Seeckt zur demokratischen Republik eingenommen hatte und in welcher diese Generation hoher Offiziere erzogen worden war. Der abstrakte soldatische Pflichtbegriff leistete jetzt wie schon zur früheren Zeit einer solchen Haltung Vorschub.

Von vornherein gilt dieser Vergleich nur im Rahmen der bekannten Wandlungen, welche die Wiedereinführung der Wehrpflicht bedingte, und mit der augenfälligsten Einschränkung, daß an der Spitze der Armee nicht mehr ein politischer Kopf stand wie Seeckt. Ohnedies aber wirkten sich die immanenten Schwächen der von Seeckt geprägten „unpolitischen Neutralität“ des Offizierkorps — die Kluft zwischen Denken und Handeln — in der veränderten Situation der Dritten Reiches weit stärker aus. Schon durch die „Dämonie seines auf Vergewaltigung der Umwelt gerichteten Willens“ war der Führerstaat des Nationalsozialismus der demokratischen Republik in dem Verhältnis zur Armee unendlich überlegen¹²⁰). Zugleich machte er sich gerade dem Soldaten gegenüber dessen eigenste Ideale mit schrankenloser Ausbeutung zunutze. Und nicht erst im Kriege, schon damals verknüpfte dieses System sein Schicksal rücksichtslos mit dem der gesamten Nation. Unablässig hielt es ein Volk in Atem und verlangte seine „Ausrichtung“ auf einen „Feind“, eine wirkliche oder provozierte Gefahr, ein „nationales Ziel“. Im Zeichen einer permanenten Mobilmachung riß es Widerstrebende mit, hielt sie nieder oder veranlaßte sie zu bedenklichsten Konzessionen und Tarnungen¹²¹). „Zum Soldaten gehört der ganze Mann“¹²²): aber auch der Nationalsozialismus verlangte den „ganzen Menschen“¹²³) oder — forderte ihn in die Schranken! Treffend hat man aus der Rückschau gesagt: „Gegen den amtlichen Kurs des Führers und des Kriegsministers“ war die konservative Aufgabe Fritschs auch nur im militärischen Bereich „auf die Dauer in der Defensive nicht zu lösen“¹²⁴).

Nie wäre es nötiger gewesen, den Blick auf den Zusammenhang der Dinge und treibenden Kräfte, auf das Ganze des deutschen (keineswegs

nur „politischen“) Lebens zu richten und zu lenken¹²⁵). Dies hätte erfordert, zum mindesten „die Generalität des Heeres laufend über die innerpolitische Entwicklung zu unterrichten und auf eine feste politische Auffassung scharf zusammenzufassen“¹²⁶). Mit der Beschränkung auf den militärischen Bereich, die auch als eine Sicherung vor Übergriffen der Partei erschien, begab man sich nicht nur der Möglichkeit, aktiv „politisch im Spiel zu bleiben“¹²⁷), sondern auch der Fähigkeit zu einer elastischen Defensive, welche Gegenstöße nicht ausschloß. Nach seinem Sturz mußte Fritsch selbst feststellen, daß „die Hetze der SS“ vom Sommer 1935 an wieder aufgeflammt sei und daß die SS-Verfügungstruppe „immer weiter ausgebaut“; sich, „wie mir scheint, in bewußtem Gegensatz zum Heer“ entwickle¹²⁸). Dennoch sah er noch keinen zwingenden Grund, den Kampf mit dem Regime aufzunehmen oder doch für Abwehrbereitschaft Vorsorge zu treffen. Fritsch hoffte vielmehr auf seine Weise „als Mittler zwischen einst und jetzt“ das bewährte Alte mit dem scheinbar bejahungswürdigen Neuen verbinden zu können¹²⁹). Damit aber drohte die Gefahr, daß sich die Defensive auf einen bloßen inhaltenden Widerstand reduzierte, zumal der Nationalsozialismus über die zunächst erwünschte Etappe der unpolitischen Armee bereits hinausdrängte und ihre Politisierung in seinem Sinne anstrebte!¹³⁰). Bei nicht wenigen Offizieren wirkt noch heute der Eindruck fort, daß der Weg des Regimes zur unduldsamen Tyrannis damals noch keineswegs offenkundig gewesen sei, daß namentlich Hitler sich noch nicht eindeutig außerhalb von Recht, Gesetz und Moral gestellt habe¹³¹). An bedenklichsten Tatbeständen (wir schilderten sie eingangs), an warnenden Hinweisen aus In- und Ausland fehlte es jedoch nicht. Ihre Unterschätzung beweist, in welchem Maße auch der berufenen Führung des Heeres der Blick für das Ganze des politischen Lebens, der Sinn für die unverzichtbaren Grundlagen seiner gesunden Entwicklung mangelte. Die Erschlaffung des Rechtsgefühls insbesondere war freilich keineswegs auf den Soldaten beschränkt. Eine ganze bürgerliche Welt hatte das Bewußtsein für ihre Werte verloren. Für den Soldaten als Vertreter der obrigkeitstaatlichen Tradition aber war das Scheinbild äußerer Ordnung, auch wenn sich diese „für eine Übergangszeit“ der Gewalt bediente, nicht ohne Anziehungskraft, die Bändigung der Massen durch diesen Staat jedenfalls imponierend. Eine demokratische Alternative gab es, zumal nach dem ruhmlosen Untergang der Republik, vorerst für den Soldaten nicht, der Gedanke an Rückkehr zu Demokratie und Parlamentarismus schreckte oder erschien höchst gewagt¹³²). Damit steht nicht notwendig in Widerspruch, daß oppositionelle Kreise der ehemaligen Gewerkschaften zu einzelnen Generalen Beziehungen hatten knüpfen können¹³³).

Von der größten Bedeutung für die Haltung Fritschs und des Offizierkorps blieb jedoch die Verkennung Hitlers selbst. Mußte nicht, so fragt man sich aus der Rückschau, gerade der Soldat das proklamierte Führerprinzip ernst nehmen und den Diktator mit der vollen Verantwortlichkeit für die Handlungen seiner Organe belasten, die auch dem Heer selbst bereits feindselig entgegentraten? Daß Hitler in Organisations- und Personalfragen der Armee einstweilen nicht eingriff¹³⁴), erklärt manches, aber nicht alles. Entscheidend ist wohl, daß ein Verhältnis

117) Major Walter Jost, Die wehrpolitische Revolution des Nationalsozialismus, Hamburg 1936, S. 32.

118) Major Jost, Die Wehrmacht im neuen Staat, in: Wissen und Wehr 15 (1934), S. 716, ferner a.a.O., S. 26. Im Vergleich mit dieser Broschüre ist die in Anm. 166 (Beilage der Wochenzeitung Das Parlament v. 24. 11. 54) erwähnte Schrift des damaligen Majors H. Foertsch „Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat“ von 1935 auf einen wesentlich zurückhaltenderen Ton gestimmt.

119) Vgl. das in der Beilage v. 24. 11. 54, S. 611 zitierte Urteil Dietrich von Choltitz' im ganzen. Dazu Fritschs Äußerung in einer Befehlshaberbesprechung nach dem 30. 6. 34: „Wir können die Politik nicht ändern, müssen still unsere Pflicht tun.“ (Foertsch a.a.O., S. 58.).

120) Werner Picht, Vom Wesen des Krieges und vom Kriegswesen der Deutschen, Stuttgart 1952, S. 224 ff.

121) Ein — zufolge seiner Individualität extremes — Beispiel dafür ist wohl Canaris, der ungeachtet seines offenen Bekenntnisses zu seinem Vorgänger, Admiral Patzig, im Herbst 1937 — „von oben bis unten seien sie alle Verbrecher, die Deutschland zugrunde richteten“ (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 540) — in der in Anm. 290 erwähnten Schrift „Wehrmacht und Partei“ die Synthese von Nationalsozialismus und Soldatentum feierte und vom Offizier forderte, „gesinnungsmäßig überzeugter Nationalsozialist“ zu sein (S. 49). Freilich heißt es auch: „Jeder Vorbehalt und jede Halbheit ermöglicht allen den Kräften, die der Wehrmacht und dem Offizierkorps mit heimlichem Mißtrauen oder offener Feindschaft gegenüberstehen, Wehrmacht und Offizierkorps herabzusetzen...“

122) Hoßbach a.a.O., S. 46.

123) Vgl. die Erklärung Freislers im Prozeß gegen Graf Helmuth J. v. Moltke: A German of the Resistance, 2. Aufl. London 1947, S. 47.

124) Hoßbach a.a.O., S. 174 (Sperrung von mir).

125) Vgl. dazu die rückschauende Kritik Hoßbachs a.a.O., S. 175 f.

126) So rückblickend Gen.Ob. a. D. v. Vietinghoff (Archiv Institut f. Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 166) zur Aufgabe Fritschs.

127) Kielmannsegg a.a.O., S. 127.

128) In seiner Aufzeichn. v. 1. 2. 38. Hoßbach a.a.O., S. 71. Fritsch vermerkt u. a., daß die SS-Verfügungstruppen sich auf dem Übungsplatz Altengrabow „aus nichtigem Anlaß in den wüstesten Beschimpfungen des Heeres und meiner Person ergingen“.

129) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 104, 174.

130) Vgl. Jost a.a.O., S. 31 und die in Anm. 113 genannte Schrift.

131) Die damaligen Eindrücke schildert Hoßbach a.a.O., S. 47, 176 ff.

132) Hierzu ist von Interesse, daß nach einer mündl. Mitteilung H. Rauschnings Brauchitsch 1935, damals Wehrkreisbefehlshaber in Königsberg, ihm sagen ließ, R. hätte es doch in Danzig zum Staatsstreich treiben und den Gauleiter Forster ausweisen sollen, um einmal zu zeigen, wie die Demokratie nach dem Nationalsozialismus funktioniert, bzw. daß sie funktionabel sei.

133) Solche Beziehungen bestanden nach Mitteilungen von Prof. Dr. H. Brill z. B. zu Thomas, Olbricht und Rühle v. Lilienstern, schießlich auch zu Beck. Mit diesem und Oster stand u. a. der frühere Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, Hermann Maaß, in Verbindung. Beziehungen zwischen den Christlichen Gewerkschaften und der „Generalität“ liefen laut Mitteilung von Oberstadtdir. Dr. Hensel (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 534) über Joseph Wirmer. Vgl. auch Ritter a.a.O., S. 609 über Verbindungen Leuschners zu Beck, Hammerstein und Fritsch vor 1938, die Jakob Kaiser vermittelt hatte.

134) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 44 f., 61, 77, 111 f., 179.

persönlicher Loyalität nicht nur dem geleisteten Eid entsprach, sondern dem Offizier der Überlieferung gemäß Herzenssache war. Er war gewöhnt, dem obersten Repräsentanten des „Staates“ Vertrauen zu schenken, und schenkte es — auch in diesem Regime wechselseitigen Mißtrauens —, weil es für ihn die Voraussetzung gedeihlicher Arbeit bedeutete. So standen die Generale, wie es ein ehemaliger Abteilungsleiter des Reichswehrministeriums scharf gekennzeichnet hat, Hitler „trotz vieler innerer Vorbehalte fast wie Hindenburg gegenüber“¹³⁵). Auch der Skeptiker neigte zum Selbstbetrug. Wie der einfache Mann mit dem bekannten Wort „Der Führer weiß das nicht“ sich in das Wunschbild „grundsätzlich“ gesunder Staatsverhältnisse flüchtete, so objektivierte mancher kritisch gestimmte Offizier den Motor der inneren Revolutionierung als „Staatsoberhaupt“ im Sinne normaler Maßstäbe. Und dieses Staatsoberhaupt erschien vielen zugleich als der unersetzliche Überwinder nationaler Zwietracht, als der erfolgreiche Verfechter nationaler Interessen. Noch glaubte man um Deutschlands willen vieles in Kauf nehmen zu müssen, was man gerade um Deutschlands willen nicht hätte hinnehmen dürfen. Denn niemals galt stärker das Hitlerwort von 1929: „Sie als Offiziere können nicht sagen, uns ist das gleich, wie die Nation aussieht, ob sie vergiftet oder verpestet ist, ob sie an Gott glaubt oder nicht . . . Sie brauchen das alles. Sonst ist ihre ganze Tätigkeit nur oberflächlich, nur Scheintat“¹³⁶).

Einem sehr großen Teil des Offizierskorps bedeutete es auch ein ernstes Anliegen, ob die Nation ihrer christlichen Überlieferung treu blieb oder nicht. Daß jedenfalls der Kirchenkampf zahlreiche Offiziere unvergleichlich tiefer berührt hat als andere Vorgänge des öffentlichen Lebens, beweisen schon die wiederholten Mahnungen in den Befehlshaberbesprechungen, im „Kirchenstreit“ absolute Zurückhaltung zu üben¹³⁷), mittelbar zuverlässig genug. Und sicherlich gab Blomberg auch in diesem Falle nicht der allgemeinen Einstellung Ausdruck, wenn er im Januar 1935 zur Kirchenfrage erklärte, weltanschauliche Kämpfe seien nicht schädlich; Streitfragen der Weltanschauung und der Wirtschaft zu lösen, sei aber nicht Aufgabe der Wehrmacht: dies sollten die Interessenten ausfechten¹³⁸). Nirgends trat denn auch für breitere Bevölkerungskreise gerade in diesen Jahren von 1934–1938 deutlicher in Erscheinung, was der Nationalsozialismus wirklich war und worauf er abzielte, als in seinem praktischen Verhalten gegenüber den beiden christlichen Kirchen. Unter dem dürftigen Vorwand einer „überkonfessionellen Neutralität“ des Staates wurde, entgegen den feierlichsten Erklärungen Hitlers selbst¹³⁹), der Kampf bestimmter weltanschaulicher Gruppen und einflußreicher Parteiführer gegen das beiden christlichen Konfessionen gemeinsame Glaubensgut geflissentlich begünstigt, die Abwehr der betroffenen Kirchen jedoch als Einmischung in die Politik unter Anwendung staatlicher Machtmittel erschwert und gelähmt. Im Zeichen der „Entkonfessionalisierung“ wurde die Kirche somit planmäßig aus dem gesamten öffentlichen Leben verdrängt und in Wahrheit dessen „Entchristlichung“ betrieben. Der „Mythos“ Alfred Rosenbergs, des „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP“, war wiederholt offiziell als eine für die Partei unverbindliche Privatarbeit bezeichnet worden. Gleichwohl wurde er den Schulungskursen der Partei zugrunde gelegt, eine Kritik an seinem Inhalt als Angriff auf die „Fundamente der nationalsozialistischen Weltanschauung“

gewertet und bedroht. Ja, der Reichsjugendführer konnte erklären: „Der Weg Rosenbergs ist auch der Weg der deutschen Jugend.“¹⁴⁰) Eine Flut von Schmähungen und Verleumdungen ergoß sich in den Reden führender Männer des Regimes, in der gelenkten Presse von Staat und Partei über Christentum und Kirche und deren Träger¹⁴¹). Es handelt sich hier wahrlich nicht um nachträgliche Erkenntnisse, sondern um Vorgänge und Tendenzen, die, wenn nicht schon durch die unmißverständlichen Auslassungen der Angreifer, so doch durch die ebenso mutigen wie deutlichen Zeugnisse der Angegriffenen dem auch nur halbwegs aufmerksamen Zeitgenossen ins Bewußtsein gerufen wurden¹⁴²). Nicht zuletzt haben Vertreter beider Konfessionen schon in diesen Jahren klar herausgestellt, daß der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus eine „Diktatur über die Gewissen“ bedeute, daß jedoch Eid und Gehorsam gegen die Obrigkeit niemals zu einer Handlung oder Unterlassung zwingen könnten, die den Geboten Gottes zuwiderlaufen würde¹⁴³).

Wenn der sogenannte „Kirchenkampf“ eine Folgerung aufdrängte, so war es die, daß der Nationalsozialismus kein bloßer Faktor der „Politik“ im gewöhnlichen Sinne war, sondern daß er die tiefsten Fundamente des menschlichen Daseins anrührte, daß es hier also nicht mehr um innerpolitische Tagesfragen ging, deren Entscheidung die Führung eines Volksheres nach bewährtem Prinzip den berufenen Fachleuten zu überlassen hatte. Praktisch und grundsätzlich war diese Führung vielmehr in ihrem eigensten Handlungs- und Verantwortungsbereich betroffen. Denn wie sollte es auf die Dauer gelingen, die überkommene Ideenwelt des Heeres, seine Sonderstellung, ja seine volle innere Einheit und äußere Kraft zu wahren, wenn maßgebende Vertreter der Partei Treue zum Staat ihrer Prägung und Treue zur Kirche für unvereinbar erklärten, wenn sie nationalsozialistische und christliche Erziehungsideale selber in unversöhnlichen Gegensatz rückten und damit gefährliche Spannungen im Volke erzeugten? ¹⁴⁴) Zeichnete die drohende Isolierung und Unterhöhlung auch der ideellen Position der Wehrmacht nicht unerbittlich eine Auseinandersetzung mit den Kräften der Revolution oder eine ethische Entwurzelung des Soldaten vor? Über die Reaktion der Wehrmachtführung auf diese Entwicklung, auf Vorgänge wie den großen Schlag gegen die preußischen Bekenntnisgemeinden im Sommer 1937, der in der Verhaftung Niemöllers gipfelte¹⁴⁵), sind wir bisher nur ungenügend unterrichtet. Zwar ist bezeugt, daß ihre Vertreter, Blomberg, Fritsch und namentlich Raeder, selbst in der allgemeinen Kirchenfrage ihre Stimme erhoben hätten¹⁴⁶), Raeder sogar in einem Maße, daß man ihm nahelegen zu sollen meinte, seinen Einfluß bei Hitler den „unmittelbaren Anliegen“ der Marine unge-

135) Gen.Ob. a. D. v. Vietinghoff, Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 166.

136) Vgl. Beilage der Wochenzeitung Das Parlament v. 24. 11. 1954, S. 612.

137) Vgl. z. B. die Aufzeichn. des Gen. a. D. Liebmann über die Befehlshaberbespr. v. 12. 1. u. 24. 5. 35 (Archiv Institut f. Zeitgesch.); auch Foertsch a.a.O., S. 58 f.

138) Befehlshaberbespr. v. 12. 1. 35 (Aufzeichn. des Gen. a. D. Liebmann), Archiv Institut f. Zeitgesch.

139) Vgl. abgesehen von Art. 24 des Parteiprogramms und den bekannten Äußerungen in „Mein Kampf“ die Regierungserklärung v. 23. 3. 33, daß die Reichsreg. „im Christentum die unerschütterlichen Fundamente der Moral und Sittlichkeit des Volkes sieht“ (Schultheß Europ. Geschichtskal. 1933, S. 73), Hitlers Erklärung im Premoria an den Vatikan v. 15. 1. 34: „Der NS. erstrebt nicht die Schaffung einer neuen Glaubensbewegung“ („Das christliche Deutschland 1933–45“, Dokumente u. Zeugnisse, Kath. Reihe Hft 2, Freiburg 1946, S. 28, Denkschr. der deutschen Bischöfe an Hitler v. 20. 8. 35), Hitlers Erklärung bei der Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein am 26. 8. 34 (Schultheß a.a.O., S. 220): „Der NS ist weder antikirchlich noch antireligiös, sondern im Gegenteil, er steht auf dem Boden eines wirklichen Christentums“ und seine Erklärung auf dem Parteitag am 11. 9. 35: „Die Partei hat weder früher noch hat sie heute die Absicht, irgendeinen Kampf gegen das Christentum zu führen.“ („Der Parteitag der Freiheit“, München 1935, S. 31.)

140) Am 5. 11. 34 im Preußenhaus zu Berlin. — Vgl. im übrigen die Belege in der in Anm. 139 erw. Denkschrift der Bischöfe a.a.O., S. 28 ff., 46 f., auch die Rede Görings in Breslau v. 26. 10. 35, Schultheß Europ. Geschichtskal. 1935, S. 172. „Entkonfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens!“ So Fricke in einer Rede v. 3. 8. 35. Dazu Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 192: „Entkonfessionalisiert“ wurden Erziehung, Rechtspflege, Presse, Rundfunk, Literatur u. Kunst, Kalender, Anstaltsseelsorge, auch der Parteiapparat „Doppelämterverbot“).

141) Näheres in der erw. Denkschrift der Bischöfe S. 38 ff. — In seiner Note vom 30. 4. 37 an den deutschen Botschafter beim Hl. Stuhl führte der damalige Kardinalstaatssekretär Pacelli aus, daß dieser „unter den Augen und mit Duldung und Förderung amtlicher Stellen geführte Kampf“ in Anlage und Methoden, in Gehässigkeit und Böswilligkeit an Vorbilder gerade aus dem Lager erinnert, das man zu bekämpfen erklärt“. („Das christl. Deutschland 1933–45“, Kath. Reihe, Heft 1, S. 57.)

142) Vgl. die Kundgebungen der beiden Kirchen in der gen. Sammlung, auch Evang. Reihe, Heft 1, Zeugnisse der Bekennenden Kirche, Tübingen/Stuttgart 1946, sowie bei H. Hermelink, Kirche im Kampf, Tübingen/Stuttgart 1950.

Der in der ausländ. Presse vor der Saarabstimmung angekündigte Schlag gegen die Bekenntniskirche (vgl. oben) kam am 17. 3. 1935 mit der Verhaftung von etwa 700 Pfarrern zur Ausführung, als eine von der 2. Bekenntnissynode der Evang. Kirche der Altpreußischen Union beschlossene Kanzelabkündigung sich gegen die von der „neuen Religion“ proklamierte „rassisch-völkische Weltanschauung“ sowie gegen den „die Gewissen bindenden Totalitätsanspruch“ wandte, „den die neue Religion dem Staate zuschreibt“. (Hermelink a.a.O., S. 250 f.)

Vgl. endlich die fortlaufende Rubrik der „NS-Monatshefte“ Zur weltanschaulichen Lage, z.B. 9. Jahrg., März 1938, über die „Auflösung katholischer Jugendorganisationen“ I

143) Vgl. außer Anm. 142 die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ („Das christl. Deutschland“, Kath. Reihe, Heft 1, S. 5), die in Anm. 139 erw. Denkschrift der Bischöfe a.a.O., S. 36 (Erklärung des Kardinals Schulte v. 1. 3. 34) u. S. 38, ferner das Wort der Augsburger Bekenntnissynode der Deutschen Evang. Kirche v. 4./6. Juni 1935, in: „Das christl. Deutschland“, Evang. Reihe, Heft 1, S. 47, sowie die Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung v. Mai 1936, Hermelink a.a.O., S. 344 ff.

144) Vgl. „Das christl. Deutschland“, Evang. Reihe, Heft 1, S. 89, Hermelink a.a.O., S. 253 f., die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ a.a.O., S. 18 u. die Denkschrift der Bischöfe a.a.O., S. 28, 42 f., 49.

145) Vgl. Hermelink a.a.O., S. 402 f.

146) Hoffbach a.a.O., S. 179.

schwächt zu bewahren¹⁴⁷). Fritsch hielt seine Hand wohl vor allem über die Wehrmachtseelsorge, darin von anderen Generalen entschieden unterstützt¹⁴⁸). Der protestantische Feldbischof fand bei ihm Rückhalt und offenes Ohr¹⁴⁹). Und sicherlich verstand Fritsch unter den „parteilich-politischen Maximen“, deren Eindringen in das Heer er sich „entgegenstemmte“¹⁵⁰), nicht zuletzt die ideologischen Tendenzen der NSDAP. Im ganzen gesehen beschränkten sich jedoch die christlichen Führer der Wehrmachtteile auch hier auf eine Verteidigung des eigenen Bereichs, obwohl schon die Militärseelsorge „zusehends von der Partei erschwert“ wurde¹⁵¹). Vielleicht haben gerade die Exzesse der antichristlichen Agitation, andererseits die taktischen Wendungen und gelegentlichen Rückzüge der offiziellen Kirchenpolitik, zumal die Tarnung der letzten Absichten durch Hitler selbst, sie den vollen Ernst des entfesselten Treibens unterschätzen, in den entschiedensten Vorkämpfern der Kirchen mitunter wohl gar extreme Dogmatiker erkennen lassen. Folgt man dem kritischen Urteil einsichtiger Soldaten¹⁵²), so wird man jedoch auch einer geschichtlich bedingten (nicht auf das Offizierkorps beschränkten) Schwächung der christlichen Substanz und damit der ideellen Konsequenz einen Anteil an dieser Selbsttäuschung zuschreiben müssen. Statt kraft der immer noch weitgehenden ideellen Einheit des Offizierkorps an höchster Stelle eine klare Entscheidung gegen die Exponenten der moralischen Revolution zu betreiben, oder sich geistig und materiell auf die drohende Auseinandersetzung vorzubereiten, meinte man im Interesse der Geschlossenheit der Armee, ja der Behauptung ihrer christlichen Grundlage, sie streng dem „Kirchenkampf“ fernhalten zu sollen¹⁵³). Einem bemerkenswerten Zeugnis zufolge hat Fritsch im Jahre 1937 den Plan gefaßt oder aufgegriffen, je eine eigene katholische und evangelische „Wehrmachtkirche“ unter dem katholischen bzw. dem evangelischen Feldbischof zu begründen, die beide vollberechtigte Glieder des deutschen Episkopats werden sollten. Tatsächlich wurde gegen manche Widerstände schließlich der katholische Feldbischof Rakowski als Haupt der katholischen Wehrmachtkirche vom Heiligen Stuhl zum „Titularbischof von Caesarea“ ernannt. Auf evangelischer Seite kam der Plan vor dem Sturz Fritschs nicht mehr zur Ausführung (und wäre angesichts der Struktur der evangelischen Kirche wohl ohnehin auf große Schwierigkeiten gestoßen). Ob dieses Bestreben Fritschs mehr als mittelbar einer Stärkung der Kirchen überhaupt dienen, ob insbesondere die geplante protestantische Wehrmachtkirche „nach seinem Willen die unangreifbare Zitadelle der evangelischen Christenheit werden“ sollte, die „jedem Zugriff der Partei und der neuen Gottgläubigkeit entzogen war“¹⁵⁴), möchten wir freilich dahingestellt sein lassen. Sicherung der Militärseelsorge und Abschließung vom Kirchenkampf dürften auch hier die primären Gesichtspunkte gewesen sein¹⁵⁵).

Zieht man aber das Fazit des Verhältnisses zwischen Wehrmacht und Nationalsozialismus in diesen Jahren, so ergibt sich trotz solcher Einschränkungen, daß zumindest im Heer immer noch ein starker Kern des Offizierkorps den überkommenen Bindungen und Werten verhaftet war. Selbst in seiner gewandelten Gestalt wirkte dieses Heer mit der Kontinuität seiner Gedankenwelt auf das Volk zurück¹⁵⁶) und blieb für die Gegner des Regimes noch eine Hoffnung — mußte aber eben darum mit den totalitären Tendenzen der Partei in zunehmenden Widerstreit geraten.

3. Die Fritsch-Krise

Richtet man den Blick derart auf die Gesamtentwicklung, so möchte man eher bezweifeln, daß zwischen dem Einspruch Blombergs und Fritschs gegen Hitlers Kriegspläne in der berühmten Sitzung vom 5. November 1937 und ihrer Entlassung drei Monate später ein direkter Zusammenhang besteht. Sicherlich hatte Hitler längst erkannt, daß seine führenden Generale als gewissenhafte Fachleute nicht von jener bedenkenlosen Dynamik erfüllt waren, wie er sie für die Leitung der Wehrmacht in einer Zeit expansiver Außenpolitik wünschte. Die verantwortlichen Militärs widerstrebten einer überstürzten Aufrüstung. Sie legten entscheidenden Wert darauf, daß die neue Wehrmacht organisch, ruhig und planvoll wachse, um ihr die solide Basis des bisherigen Berufsheeres so weit wie möglich zu erhalten¹⁵⁷). Die äußere Lage des Reiches in den Jahren nach 1936 schien ein solches Verfahren mindestens zu gestatten¹⁵⁸). Für Hitler aber sollte sich die Entwicklung der Wehrmacht — in Ausbildung, Aufstellung, Ausrüstung „und vor allem auch“ geistiger Erziehung — „zur ersten Armee der Welt . . . in kürzester Frist“ vollziehen¹⁵⁹). Er tadelte (am 31. Januar und 4. Februar 1938) die führenden Militärs, auch Blomberg, wegen ihrer „Zaghaftheit bei der Aufrüstung und der Rheinlandbesetzung“; er, Hitler selbst, habe die Aufrüstung vorwärtstreiben müssen. Die Generale hätten sie langsamer haben wollen, die Zahl von 36 Divisionen sei ihnen zu hoch gewesen u. a. m.¹⁶⁰). Noch die geflissentliche Vergrößerung, mit der Himmler nach dem 20. Juli die Haltung des Heeres der Aufrüstungsjahre den Gauleitern darstellte, spiegelt wohl ein gut Teil seinerzeitigen Hitlerschen Unmuts wider: „Der Glaube an eine Aufrüstung großen Stils war in dieser Armee nicht vorhanden. Ich glaube, da könnte Ihnen der Führer Abende und Nächte erzählen, wie schwer es war, der Armee, die nun endlich eine Regierung hatte, die für die Armee alles tun wollte, dies alles aufzudrängen, daß sie endlich mal eine Kanone mehr und einige Divisionen mehr usw. nahm. Man war wirklich selbstgefällig geworden, Selbstzweck geworden . . .“¹⁶¹). Wie Himmler es rückschauend jedoch in den letzten Worten zum Ausdruck brachte, so galt der Unmut der Machthaber gegen die Armeeführung zweifellos schon zu dieser Zeit über die militärpolitische Divergenz hinaus ihrer Grundeinstellung zum neuen Staat.

Es müßte denn auch wundernehmen, wenn Hitler das Fortwirken der konservativen Triebkräfte des alten Heeres und ihre Ausstrahlung über das Wehrpflichtheer auch auf das Volk nicht argwöhnisch vermerkt hätte. Zwar hielt er mit Kritik zurück und zeigte Fritsch — von dem er im Herbst 1934 (!) sogar einmal gesagt hat, daß er ihn „liebe“ — auch in der Folgezeit äußerlich Achtung, ja Vertrauen¹⁶²). Es schien nicht viel auf sich zu haben, wenn er den Generaloberst gelegentlich mit einem unbeeinflussbaren „Engländer“ verglich¹⁶³). Seine wahre Stimmung aber ist offenbar eine ganz andere gewesen. Trifft es zu, was General Bodenschatz bezeugt,

156) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 105 f.; E. v. Manstein, *Verlorene Siege*, Bonn 1955, S. 73 f.

157) Vgl. Bor a.a.O., S. 106; Foerster a.a.O., S. 32; Foertsch a.a.O., S. 73.

158) Vgl. die „Weisung für die einheitl. Kriegsvorbereitg. der Wehrmacht“ vom 24. 6. 1937, IMT Bd. XXXIV, S. 734; Hoßbach a.a.O., S. 105.

159) So Hitler in seiner Denkschrift vom August 1936 über die Aufgaben eines Vierteljahresplans (vgl. Anm. 80).

160) Aufzeichnung des GFM a. D. v. Rundstedt a. d. J. 1946, Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 129; „Persönliche Erlebnisse des Gen. d. Inf. a. D. Curt Liebmann i. d. J. 1938/39 (niedergeschrieben im November 1939)“, ebenda Zeugenschrifttum Nr. 95 (vgl. Foertsch a.a.O., S. 102, 115).

161) Himmlers Rede v. 3. 8. 44 in Posen, Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte 1 (1953), S. 365.

162) Hoßbach a.a.O., S. 107; 74, 186; vgl. auch das Zeugnis Raeders im Brief an Fritsch v. 25. 4. 38 bei Foertsch a.a.O., S. 149 f.

163) Hoßbach a.a.O., S. 108.

147) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 364. (Danach wandten sich die bedrängten kirchlichen Kreise bereits in den Jahren 1933/35 häufig an Raeder, später auch an Canaris. Dieser habe in den späteren Jahren des öfteren Personen, die aus religiösen Gründen verhaftet worden waren, aus dem Konzentrationslager herausgeholt, indem er sie als V-Leute der Abwehr reklamierte.) Vgl. auch Zeugenschrifttum Nr. 601 u. die eidesstattl. Erkl. von Marinedekan Ronneberger IMT Bd. XLL, S. 80 ff., von K. Lotter, ebenda, S. 76 f. u. von W. Giese: IMT Bd. XXXV, S. 405.

148) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 53; Westphal a.a.O., S. 21; Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 88 (Gen. a. D. Frhr. Kreß von Kressenstein).

149) Auskunft des ehem. Feldbischofs Dohrmann, der Fritsch auf die Gefahren der Entwicklung hinwies, für welche namentlich auch Olbricht und Oster Verständnis zeigten.

150) Nach seiner Aufzeichn. v. 1. 2. 38, Hoßbach a.a.O., S. 70.

151) Hoßbach a.a.O., S. 53.

152) Vgl. L. Frhr. Geyr v. Schweppenburg, *Gebrochenes Schwert*, 2. Aufl. Berlin 1952, S. 32 ff. und Bor a.a.O., S. 16 f. (Halder).

153) Vgl. außer Anm. 134 auch J. Gauger, *Chronik der Kirchenwirren*, 2. Teil (Gottward-Briefe, 12. Bd. 1935), S. 368 u. bes. Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 632. Es wurden z. B. Standort-Seelsorgebezirke eingerichtet, die ein Wehrmachtspfarer zu bereisen hatte, so daß auf die örtlichen Pfarrer, die vielfach in den Kirchenkampf verwickelt waren, nicht zurückgegriffen zu werden brauchte.

154) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 39 (Gen. a. D. Fretter-Pico). Der erwähnte Plan und seine teilweise Durchführung werden von Feldbischof Dohrmann bestätigt.

155) Daß Ende 1937 — wie N. Micklem, *National Socialism and the Roman Catholic Church*, Oxford Univ. Press 1939, S. 201 auf Grund einer Meldung in „Der Deutsche in Polen“ v. 20. 2. 38 schreibt — die protestantischen Wehrmachtspfarer in einer Denkschrift bei Hitler gegen die Bekämpfung des Christentums durch Staat und Partei, welche zur Spaltung der Nation zwischen NS und Christentum führe, Vorstellungen erhoben hätten, entspricht laut Auskunft von Herrn Feldbischof Dohrmann nicht den Tatsachen. Eine damals angestellte Untersuchung ergab, daß die erwähnte Meldung jeder Grundlage entbehrte. Die Annahme einer Einwirkung auf die „Säuberung der Armee“ am 4. Februar 1938 ist daher gegenstandslos.

daß Hitler „von 1935 ab in immer stärkerem Maße den Eindruck hatte, daß im Heere Kräfte am Werke seien, die seinen Sturz herbeiführen“ wollten? Jedenfalls klagte er Göring wiederholt über „diese auf die Dauer untragbaren Spannungen“¹⁶⁴) und sah in Fritsch anscheinend nicht nur „das hemmende Element in der Aufrüstung“¹⁶⁵), sondern wirklich auch „einen Turm der politischen Opposition“¹⁶⁶). Vermutlich glaubten Himmler und Heydrich Hitlers geheimsten Wünschen zu entsprechen, wenn sie ihm schon zur Zeit der Wiederbesetzung des Rheinlandes „Material“ über angebliche sittliche Verfehlungen des Generalobersten unterbreiteten. Hitler soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, Fritsch sei zweifellos einer der stärksten und bedeutendsten Gegner des Nationalsozialismus¹⁶⁷); er ließ jedoch (wie er später selber sagte) aus außenpolitischen Gründen die Sache ruhen und befahl sogar die Vernichtung der Akten¹⁶⁸), womit ganz im Sinne seines Auftretens in der Staatsoperkündigung, selbst seinen Funktionären gegenüber sein Gesicht gewahrt blieb. Von Ende 1937 an aber begann Hitler in auffälligem Gegensatz zu den Jahren vorher auch bei geringfügigen Anlässen ein deutliches Mißtrauen gegen die Armee, ihre vermeintlich „reaktionären“ und „monarchistischen“ Tendenzen zu zeigen¹⁶⁹). Auf seiner am 10. November angetretenen Erholungsreise nach Ägypten wurde Fritsch von der Gestapo überwacht, um weiteres Belastungsmaterial gegen ihn zu gewinnen¹⁷⁰). Im Dezember und Januar äußerte man in gut unterrichteten Kreisen, der Generaloberst werde demnächst seines Postens enthoben werden¹⁷¹).

Die Wendung, welche die Dinge nun im Januar 1938 durch Blombergs Heiratsskandal nahmen, ist Hitler selbst höchstwahrscheinlich überraschend gekommen. Denn aus politischen Gründen dürfte er eine Entfernung des Ministers und Oberbefehlshabers der Wehrmacht schwerlich bereits für nötig gehalten haben. Mit Nachdruck betonte er später das „historische Verdienst des Kriegsministers um die Errichtung des nationalsozialistischen Staates“ auch in zwei vertraulichen Äußerungen, die für sein Verhältnis zum Heer nach 1933 aufschlußreich sind¹⁷²): Blomberg, so bemerkte Hitler am 20. April 1938, „habe er zu verdanken, daß das Heer, dessen politische Richtung er genau gekannt habe, 1933 loyal und korrekt in den [neuen] Staat überführt worden sei. Er [Hitler] habe genau gewußt, daß die politische Umstellung des Heeres nur allmählich möglich sei und er habe den Minister sogar manchmal bremsen müssen. Die Masse der Generalität habe ihn [Hitler] abgelehnt und lehne ihn auch heute noch ab. Er vertrete eben ein anderes Preußentum als diese Offiziere.“ Und im September 1939 wiederholte Hitler, er werde jenes Verdienst Blombergs, „überhaupt seine Einstellung zum Nationalsozialismus ... trotz allem nie vergessen; denn das Hunderttausend-Mann-Heer sei nun einmal ‚Staat im Staate‘ gewesen. Das wäre zur Zeit der Weimarer Republik auch richtig gewesen, aber im Dritten Reich habe er dies nicht dulden können. Durch Blomberg sei eine große Anzahl Reaktionäre aus dem Heer entfernt worden und die anderen seien mundtot gemacht und auf den Weg der Disziplin und Unterordnung gewiesen worden“¹⁷³). Bei aller Wichtigkeit und Höhe der Ausbildung des alten Reichsheeres sei das Hin-

einstellen in den Staat notwendig gewesen; denn dieser Staat werde jetzt von einer soldatischen Partei geführt und nicht von zylindertragenden Parlamentariern. Eine einheitliche Auffassung des Heeres werde sich erst in der kommenden Generation ergeben, wenn der Geist des Hunderttausend-Mann-Heeres gebannt und der der Hitlerjugend Einzug in das Offizierskorps gehalten habe.“ Hitler selbst erkannte also den unvereinbaren Gegensatz zwischen Geist und Anspruch seiner Bewegung und den Überlieferungen des Heeres, während dessen Führung, mindestens soweit Hitler in Frage kam, sich darüber hinwegtäuschte. Voller Ressentiment bemerkte Hitler am 25. Januar 1938, unter dem frischen Eindruck der Tatsache, daß Blomberg untragbar geworden war, zu Hoßbach, daß des Ministers Verdienste um die Annäherung Wehrmacht — Partei „vom Offizierskorps nicht gewürdigt würden“¹⁷⁴) Bedenkt man, daß die ablehnende Einstellung großer Teile des Offizierskorps zu Blomberg Hitler bewußt war¹⁷⁵), so erscheint es keineswegs ausgeschlossen, daß er wirklich annahm, Warnungen an Blomberg vor der Wahl seiner zweiten Gattin seien absichtlich unterlassen worden — weil das Heer den Minister „eben gern losgeworden sei“¹⁷⁶), und daß solcher Argwohn Hitler in seinem weiteren Handeln noch bestärkt hat.

Die Frage, ob Hitler selbst oder Göring nun auf die alte, von der Gestapo nur teilweise vernichtete Akte gegen Fritsch zurückgriff, erscheint fast belanglos in Anbetracht der Schnelligkeit, mit der Hitler jetzt den Sturz Fritschs ins Auge faßte. Denn er entschloß sich in diesem Sinne, nachdem Göring ihm am Abend des 24. Januar 1938 den Fall Blomberg unterbreitet hatte, bereits in der folgenden Nacht¹⁷⁷). Er machte sich die fragwürdigen Anklagen gegen Fritsch sogleich zu eigen, mindestens ohne sie näher geprüft zu haben, und eröffnete Hoßbach am nächsten Morgen seine Absicht, auch Fritsch zu entfernen, da dieser homosexuell belastet sei! Gab es nicht „einfachere“, saubere Mittel — sachliche Meinungsverschiedenheiten oder Gesundheitsgründe —, wenn Hitler den General loswerden wollte, so fragt sich wohl der Nachlebende und fragten sich damals die Nächstbeteiligten¹⁷⁸). Es entsprach jedoch gerade der ausschließlich „politischen“ Beurteilung der Umstände und der danach von Hitler gewählten Taktik, daß er den Fall auf die unpolitisch-private Ebene schob und konsequent den Schein wahrte, als trenne es sich „nicht ohne Zwang“ von dem General, den er sonst zum Kriegsminister gemacht haben würde¹⁷⁹). Wäre dies ehrlich gewesen, so hätte Hitler, der moralische Belastungen zu ignorieren pflegte, wenn es ihm opportun erschien¹⁸⁰), die bald gewonnenen entlastenden Momente für Fritsch begrüßen müssen und dessen Verabschiedung schwerlich mit solcher Eile

174) Hoßbach a.a.O., S. 124.

175) Vgl. z. B. ebenda, S. 137, ferner das Zeugnis des Gen. Ob. a. D. Hoth (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 75), wonach Hitler am 4. 2. 38 vor den Generalen (vgl. weiter unten) erklärte, „daß ihm die schwache Stellung des nicht von ihm, sondern durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg berufenen GFM v. Blomberg innerhalb der Wehrmacht bekannt gewesen sei“.

176) Vgl. das von Foertsch a.a.O., S. 141 angeführte Zeugnis.

177) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 124 f. (auch zum Folgenden), 139. — Die Frage, ob Göring oder Hitler die Akten gegen Fritsch „wiederherstellen“ ließ (was, wenn die Durchschläge nicht vernichtet waren, keine große Mühe erforderte), ist bisher nicht eindeutig zu klären. Während der frühere Kriminalrat Meisinger 1941 in Tokio dem Generalkonsul a. D. Wiedemann gegenüber den fraglichen Befehl Göring zuschrieb (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 191, vgl. Foertsch a.a.O., 138), hätte nach einem weiteren Zeugnis von SS-Seite Hitler selbst, angesichts des Falles Blomberg, Himmler die sofortige Rekonstruktion der Akten gegen Fritsch befohlen, die z.T. in intensivster Nacharbeit vorgenommen worden sei (Zeugenschrifttum Nr. 317). Vgl. dazu Kielmannsegg a.a.O., S. 100 f.

Trifft es andererseits zu, daß die Gestapo (vgl. Graf v. d. Goltz, Die Entlassung des Generalobersten Freiherrn v. Fritsch, Dtsch. Rundschau, 70. Jahrg., März 1947, S. 197) die Ermittlungen gegen Fritsch bereits am 20. Januar 1938 (oder noch früher?, vgl. Anm. 167 u. 187) wiederaufgenommen hat — obwohl sie schon am 15. Januar auf den Fall des Rittmeisters von Fritsch gestoßen war (vgl. den Brief Fritschs selbst an Hitler vom 7. 4. 38 bei Foertsch a.a.O., S. 128) —, so besteht sowohl die Möglichkeit, daß unabhängig von dem Fall Blomberg bereits auf den Sturz Fritschs hingearbeitet worden ist, wie daß Göring im Zusammenhang mit dem Fall Blomberg Material auch gegen Fritsch vorbereitete, das Hitler dann sogleich benutzte.

178) Ebenda, S. 127 f. (Fritsch selbst und Hoßbach).

179) Ebenda, S. 128; ferner Hitlers Äußerungen zu Rundstedt (vgl. Anm. 160) am 31. 1., vor den Generalen am 4. 2. (Zeugnis Hoths, vgl. Anm. 175), sowie vor den mit der Untersuchung gegen Fritsch betrauten Räten des Reichskriegsgerichts: Unveröff. Niederschrift des Rechtsanwalts Dr. R. Graf v. d. Goltz von 1945/46 „Der Fritsch-Prozeß“ (ein Exemplar im Besitz des Instituts f. Zeitgesch.).

180) Man bedenke, abgesehen von dem Fall Röhm, die Behandlung des Falles Funk gerade im Frühjahr 1938; vgl. Kielmannsegg, S. 92, dazu Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 191 (Wiedemann).

164) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 10.

165) So Hitler am 20. 4. 38 zum Heerestadjutanten Hauptm. Engel. Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 222.

166) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 285.

167) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 317; nach dem gleichen Zeugnis (von SS-Seite) erfolgte die erste Anschuldigung gegen Fritsch auf Grund der fraglichen Akten durch Heydrich erst im Dezember 1937. Hier dürfte es sich aber vielleicht um die Anfänge der zweiten (entscheidenden) Aktion gegen Fritsch handeln. (Vgl. Anm. 177).

168) Zeugnis des Gen. Ob. a. D. Hoth. Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 75 (vgl. Foertsch a.a.O., S. 116); ebenda, Zeugenschrifttum Nr. 317 u. Nr. 191 (Gen. Konsul a. D. Wiedemann, damals polit. Adjutant Hitlers; vgl. Foertsch a.a.O., S. 90). Wiedemann zufolge wurden von den Akten gegen Fritsch wohl die Originale, nicht aber die Durchschläge vernichtet. Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 126.

169) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 139, 143, 34 und das Zeugnis Rundstedts (vgl. Anm. 160).

170) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 139; Kielmannsegg a.a.O., S. 34; Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 125.

171) Kielmannsegg a.a.O., S. 35; Mitteilg. des damal. Attachés Albrecht von Kessel an den späteren General d. Art. Fretter-Pico, damals Leiter Ost in der 3. Abt. des Gen. Stabes des Heeres (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 39, vgl. Foertsch a.a.O., S. 239), mit dem Zusatz, Himmler strebe den Posten des Reichskriegsministers an. Bestätigung der damal. Information durch Brief des derzeitigen Gesandten v. Kessel an den Verf. v. 25. 7. 55.

172) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 222.

173) Der zweite Teil des Satzes dürfte eher zutreffen als der erste.

betrieben¹⁸¹). Das Gegenteil aber war der Fall. Nachdem er ein Sondergericht gegen Fritsch nicht hatte durchsetzen können¹⁸²) übergab Hitler dem Justizminister Gürtner die Akten mit den vielsagenden Worten: „Sie werden von selbst wissen, an welchem Tauende Sie zu ziehen haben¹⁸³).“ Mit Hitlers Ermächtigung bereitete die Gestapo durch ihre Paralleluntersuchung einer Aufklärung der Vorgänge zugunsten Fritschs schwere Hindernisse¹⁸⁴), und er selbst klammerte sich förmlich an die immer fragwürdiger erscheinenden Aussagen des Belastungszeugen, solange dieser sie nicht seinerseits widerrief¹⁸⁵). Statt nach Möglichkeiten zu suchen, den doppelten Wechsel an der Spitze der Wehrmacht zu vermeiden, steuerte er mit einer selbst Goebbels erschreckenden Unbedenklichkeit auf ihn hin¹⁸⁶), um im gleichen Augenblick, in dem der Sturz „seines“ Ministers die moralische Anfälligkeit des Offizierkorps zu enthüllen schien, auch den ihm jetzt erst recht unbequemen Fritsch unmöglich zu machen. Wie würde Hitler gegen seine Funktionäre reagiert haben, wenn sie ihn wirklich (wie er sich nachträglich den Anschein gab) mehr oder weniger fahrlässig¹⁸⁷) in eine ihm grundsätzlich unerwünschte, ja nicht einmal ungefährliche Lage gebracht hätten! Tatsächlich hat er später, offenbar in einem Moment der Verärgerung, über das Drängen seines Heeresadjutanten auf Rehabilitierung Fritschs, gleichsam unwillkürlich geäußert: „Unabhängig von dem, was gewesen sei, hätte er sich von dem Generalobersten trennen müssen¹⁸⁸)“.

Es ist denn auch für Hitlers Handeln ohne Belang, ob er etwa zeitweilig Fritsch für schuldig hielt, weil er dies wünschte. Um diesen (nach Himmlers Rat)¹⁸⁹) womöglich zu überrumpeln, hat er, das Oberhaupt des Reiches, sich bekanntlich nicht gescheut, den Oberbefehlshaber des deutschen Heeres in der Reichskanzlei mit einem gewerbsmäßigen Erpresser und Zuchthäusler zu konfrontieren. Ja, er hat das von Fritsch für seine Schuldlosigkeit verpfändete Ehrenwort abgelehnt¹⁹⁰). Nie werde er Hitler dies vergessen, schrieb Fritsch einige Wochen später¹⁹¹). Doch suchte er, wenn überhaupt jemals, mindestens vorerst nicht Hitler selbst hinter dem „Schurkenstreich“¹⁹²). In seinem schon erwähnten „Rechen-

schaftsbericht“ vom 1. Februar 1938 bemerkte der General zwar, da „man“ ihm politisch nicht habe beikommen können, geschehe es jetzt „auf diesem gemeinsten und niederträchtigsten Wege“. Doch erblickte er hierin nur die Auswirkung der „Feindschaft der SS“, Himmlers und Heydrichs¹⁹³). Denn auch jetzt noch stellte er ihrer „Hetze“ jene Vertrauenskundgebung Hitlers für die Armee und ihren Oberbefehlshaber vom 3. Januar 1935 gegenüber¹⁹⁴) und knüpfte daran die Worte: „Ich bin dem Führer hierfür aus tiefstem Herzen dankbar. Ich bin dem Führer überhaupt von ganzem Herzen dankbar für das große Vertrauen, das er mir stets — bis auf diesen Fall — entgegengebracht hat. Ich bin ihm um so dankbarer, als ich weiß, auch aus seinem Munde weiß, daß von der Partei aus ständig gegen mich gehetzt wird¹⁹⁵).“ Bis auf diesen Fall! Gibt es ein eindrucksvolleres Zeugnis für die bis an Schwäche grenzende Noblesse Fritschs, aber auch für die aus der Erstarrung soldatischer Lebensform resultierende Wehrlosigkeit gegenüber bedenkenlosem Zynismus? Partei und Hitler waren noch immer zweierlei für Fritsch. Daß das Staatsoberhaupt selbst seiner ihm trotz mancher Vorbehalte aus innerem Bedürfnis loyal dienenden Armee als mißtrauender Politiker, ja als Feind gegenüberstand und nun entgegtrat, überschritt die Grenzen der Vorstellungswelt eines Fritsch — sowie zahlreicher anderer Offiziere¹⁹⁶). Es erscheint durchaus glaubwürdig, wenn der General einige Tage später gesagt haben soll: „Ich denke bestimmt nicht wie Adolf Hitler, aber irgendwie habe ich an ihn geglaubt, und er war der Führer, dem ich gehorcht habe. Und die Fragen, die mir jetzt in seinem Namen gestellt worden sind, besonders die Fragen, die von irgendeinem Chef der Geheimen Staatspolizei gestellt worden sind, sind eben so ungeheuerlich, daß ich mich noch nicht zurechtkriege damit¹⁹⁷).“ Fritsch sah zunächst seinen „Fall“ ganz überwiegend als einen persönlichen, wollte sich mit Himmler duellieren und beging im Gefühl seiner Schuldlosigkeit den unverzeihlichen Fehler, sich von der Gestapo vernehmen zu lassen (deren „Jurisdiktion“ kein Soldat unterstand)¹⁹⁸). Hoffte er noch, dadurch Hitler beeindrucken zu können? Wurde ihm nicht aber selbst sehr bald klar, was die Ablehnung seines Ehrenworts praktisch bedeutete, da sich unter den zunächst gegebenen Umständen bei widersprechenden Aussagen bestenfalls ein — Freispruch mangels Beweisen erhoffen ließ?¹⁹⁹). Schließlich erkannte Fritsch denn auch, daß Hitler sich gar nicht überzeugen lassen wollte, und erhielt die Bestätigung dafür, als diesem auch die aufgedeckte „Namensverwechslung“ mit dem Rittmeister von Frisch „nicht genügte“²⁰⁰). Inzwischen hatte der Generaloberst auf befristetes Anfordern Hitlers sein Abschiedsgesuch eingereicht. Kurz, der Soldat reagierte auf eine seinem Wesen konträre, nur unzulänglich erkannte Umwelt mit ihm gemäßen Mitteln, die in schreiendem Mißverhältnis zur neuen Wirklichkeit stand. Auch Beck ließ sich offenbar anfänglich von der Verstellungskunst eines Hitler täuschen und sah erst nach und nach in den perfiden Machenschaften einen wohlberechneten Schlag, wenn nicht Hitlers, so doch Himmlers und Heydrichs, gegen die Armee²⁰¹). Goerdeler, Schacht und die Männer der Abwehr erkannten alsbald, worum es ging²⁰²).

181) Vgl. die Niederschrift Goltz (s. Anm. 179) u. Fritschs Brief an Hitler vom 7. 4. 38 bei Foertsch, S. 128. — Goltz zufolge war Fritsch zunächst der Gedanke nahegebracht worden, „unter gegenseitigem Schweigen ohne Verfahren zu verschwinden“. Wiedemann (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 191) bekundet: „Hitler erklärte mir, er habe ja die ganze Sache vertuschen wollen. Wenn Fritsch gestanden hätte, hätte er ihm ein Auslandskommando gegeben, etwa zu Tschiang-kai-shek.“

182) Vgl. H. Rosenberger, Die Entlassung des Generalobersten Frhr. v. Fritsch, Dtsch. Rundschau, 69. Jahrg., Nov. 1946, S. 91 f.; Kielmannsegg a.a.O., S. 43 ff., 49.

183) Aufzeichnungen von Frau Christine v. Dohnanyi, geb. Bonhoeffer für den Arbeitskreis der „Europäischen Publikation“.

184) Jedenfalls nicht ohne Hitlers „legitimierende“ Anordnung. — Zur Paralleluntersuchung im einzelnen: Kielmannsegg, S. 50, 57 ff., 67 ff.; Foertsch a.a.O., S. 100, 120.

185) Vgl. die Niederschrift Goltz (s. Anm. 177). Vgl. Foertsch a.a.O., S. 121.

186) Hitler hatte Hobbach, weil er entgegen seinem Verbot Fritsch von den Anschuldigungen gegen ihn Mitteilung gemacht hatte, seines Postens als Wehrmachtsadjutanten enthoben, jedoch nicht den Mut gehabt, ihm dies persönlich zu eröffnen. Vielmehr ging Hobbach, während er mit Hitler an der Mittagstafel saß, der entsprechende Befehl telefonisch durch einen ihm untergebenen Offizier seiner Abteilung zu. Hitlers Sekretär, Hauptm. a. D. Wiedemann, Zeuge dieses Telefongesprächs (vgl. Hobbach a.a.O., S. 134), erhob daraufhin Vorstellungen bei Goebbels, der nach Wiedemanns Zeugnis (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 191) erwiderte: „Wiedemann, Sie haben recht. Dieser Menschenverbrauch, den wir jetzt haben! Wenn morgen 12 Generale ihren Abschied nehmen, dann sind wir ja fertig. Ich werde mit dem Führer sprechen.“ Vgl. dazu die Bemerkungen Goebbels' zu Hobbach selbst: Hobbach a.a.O., S. 136. Ferner Görnitz a.a.O., S. 457.

187) „Es handle sich um Fehler untergeordneter Beamter, die eine einmal aufgenommene Fahrt nicht rechtzeitig hätten verlassen können“, bemerkte Hitler nach dem Bericht Halders an Beck am 13. Juni 1938 in seiner Erklärung zum Fall Fritsch vor den Generalen auf dem Flugplatz Barth: Foerster a.a.O., S. 93. Dazu Kielmannsegg, S. 118. Nach einem Zeugnis von SS-Seite dagegen (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 207) hat der Kriminalrat Meisinger dem Erpresser Schmidt Ende 1937 auf dessen Aussagen hin, daß er mit einem Offizier namens Fritsch (?) oder so ähnlich zu tun gehabt habe, ein Bild oder mehrere Bilder des Gen. Ob. Frhr. v. Fritsch in Uniform und mit Aufdruck des Namens vorgelegt (ein Verfahren, das man im Reichssicherheitshauptamt später als einen ausgesprochenen Kunstfehler kritisiert habe) — woraufhin der besagte Schmidt, wohl aus Geltungsbedürfnis und Berechnung heraus, den Generalobersten als den fraglichen Offizier bezeichnet habe.

188) Zu dem damal. Hauptm. Engel: Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 222.

189) Zeugnis des Gen. Konsuls a. D. Wiedemann; Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 191. Vgl. Hobbach a.a.O., S. 129.

190) Hobbach a.a.O., S. 130, 141; Kielmannsegg a.a.O., S. 38.

191) In seinem Brief an die Baronin Schutzbar v. 23. 3.: Kielmannsegg a.a.O. S. 111.

192) Kielmannsegg a.a.O., S. 141 mit 103, 137 u. Hobbach a.a.O., S. 140 f.

193) Vgl. Hobbach a.a.O., S. 72 mit Kielmannsegg a.a.O., S. 111 u. 59. Auch Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 133.

194) Vgl. S. 668.

195) Ebenfalls in seiner Aufzeichng. v. 1. 2. 38 (aus dem Beck-Nachlaß zitiert mit frdl. Erlaubnis von Präsident a. D. Foerster).

196) Vgl. hierzu auch Picht a.a.O., S. 224 ff., 229.

197) Aussage des Oberstleutnants a. D. Friedrich Wilhelm Heinz v. 11. 8. 52 vor dem Arbeitskreis der „Europäischen Publikation“.

198) Vgl. Kielmannsegg a.a.O., S. 121, 58. Zur Duell-Angelegenheit schreibt Rundstedt in seiner Aufzeichnung von 1946: „Ich habe dann noch lange eine Duellforderung Fritschs gegen Himmler (mit mir) herumgetragen die nach Abschluß des Verfahrens übergeben werden sollte. Da nach Hitlers Weisungen Himmler nie zum Duell sich gestellt hätte, und die Sache nur zum Schaden der Armee Staub aufgewirbelt hätte, ließ Fritsch auf meine Bitte dann die Sache fallen.“ Vgl. bereits J. W. Wheeler-Bennett, S. 378 f. (deutsch S. 401 f.). Vgl. Broschüre „20 Juli 1944“, geänd. u. vervollständ. Bearbeitung der Sonderausgabe der Wochenzeitung „Das Parlament“ („Die Wahrheit über den 20. Juli 1944“), bearb. v. H. Royce, herausg. v. d. Bundeszentrale f. Heimatdienst, S. 15. Danach hätte Beck Fritsch zu der Duellforderung bestimmt, um dadurch eine Auseinandersetzung zwischen Heer und SS auszulösen und so den Staatsstreich gegen Hitler in Gang zu bringen. (?)

199) Vgl. Fritschs eigene Äußerungen zu seinem Verteidiger Rechtsanwalt Graf v. d. Goltz in diesem Sinne: Goltz' Niederschrift „Der Fritsch-Prozeß“ (s. Anm. 177).

200) Ebenda. Vgl. Foertsch a.a.O., S. 121.

201) Vgl. Hobbach a.a.O., S. 130 f.; Foertsch a.a.O., S. 94; Foerster a.a.O., S. 87, 92 f.

202) Vgl. weiter oben S. 679.

Wohl wurde von Fritsch, unter dem unmittelbaren Eindruck der ihm gemachten Mitteilung über die Beschuldigung, eine bewaffnete Gegenwehr erwogen, für den ihm kaum denkbar erscheinenden Fall, daß Hitler seinem Ehrenwort nicht glauben würde. Dieser Fall trat ein, und doch gab Fritsch in den folgenden Tagen den Gedanken an Gegenwehr auf²⁰³). Wird man dies nicht in erster Linie seiner seelischen Erschütterung²⁰⁴) zuschreiben müssen? Fritsch hat später geltend gemacht, daß die Masse des (einheitlicher Meinungsbildung unterworfenen) Volkes, insbesondere die Arbeiterschaft, gläubig hinter Hitler gestanden und in einer Gegenaktion nur den Putsch eines gekränkten, ehrgeizigen Generals erblickt hätte²⁰⁵). Zunächst wünschte er jedoch vor allem, es nicht um seiner Person willen zu Blutvergießen und Bürgerkrieg zu treiben²⁰⁶). War Fritsch aber nicht mehr als eine Privatperson, war er nicht Repräsentant und berufener Sachwalter des Heeres, das sich gerade jetzt als letzter Treuhänder des Gemeinwohls erwies? Erleichterte ihm die ungeheuerliche Behandlung seiner Person nicht die Erkenntnis des skrupellosen Anschlags auf die Armee und damit den Schritt zur Tat? Am 23. Februar, nachdem die Gestapo auf der krampfhaften Suche nach neuem Belastungsmaterial auch die ehemaligen Burschen des Generals zur Vernehmung zusammengestellt hatte²⁰⁷), brach es aus Fritsch heraus. Er gab zu Protokoll: Eine so schmachvolle Behandlung habe zu keiner Zeit je ein Volk (?) seinem Oberbefehlshaber des Heeres angedeihen lassen. Eine solche Behandlung sei nicht nur unwürdig für ihn selbst, sondern zugleich entehrend für die ganze Armee. Diese Niederschrift wurde vervielfältigt und an führende Persönlichkeiten weitergeleitet; doch Fritschs Appell blieb wirkungslos. Zu diesem Zeitpunkt war er²⁰⁸) selbst längst ohne Amt und Kommandogewalt, war der psychologische Moment zu bewaffneter Gegenwehr im Grunde bereits vorüber. Eine letzte Gelegenheit dazu hätte sich allenfalls geboten²⁰⁹), als Hitler die besagte „Namensverwechslung“, wie es scheint: von Himmler bestärkt²¹⁰), in unerhörter Weise bagatelisierte. Doch da stand der Prozeß und — vermeintlich — eine Rehabilitierung Fritschs durch Hitler in naher Aussicht. Und vollends nach dem triumphalen Erfolg des Österreich-Unternehmens, das noch eine Verzögerung des Prozesses mit sich brachte, war die Möglichkeit zu einer gewaltsamen Aktion nicht mehr gegeben.

Gewiß, auf das einmütige Zusammenwirken der Spitzen der Wehrmacht, auf ein geschlossenes Auftreten des gesamten Offizierkorps war auch vorher nicht zu rechnen. Die Luftwaffe unter Göring fiel mehr oder weniger aus; der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, kein Freund des Generalstabs, erblickte in der die Wehrmacht als Ganzes so tief berührenden Krise um Fritsch vor allem eine Angelegenheit des Heeres²¹¹), und die politischen Bedenken Fritschs selbst waren nicht einfach von der Hand zu weisen. Gleichwohl war die Ehre der Armee — und zwar nicht nur im Sinne einer umstrittenen Standesauffassung, sondern als unabdingbare moralische Grundlage ihres Lebens und Wirkens für das größere Ganze — so schwer verletzt, daß die Frage der Erfolgchancen einer Widerstandshandlung demgegenüber an Bedeutung zurücktrat. Voraussetzung für jede Art von Aktion wäre allerdings gewesen, daß Fritsch, wenn nicht schon nach seiner ersten Orientierung durch Hoßbach, so doch spätestens nach seiner ungeheuerlichen Behandlung durch Hitler, die Befehlshaber

des Heeres von den Vorgängen unterrichtet hätte²¹²). Statt dessen blieb die Kenntnis des wirklichen Sachverhalts auf einen ganz kleinen Kreis beschränkt. Die Bedeutung dieses Umstandes wurde beispielhaft klar, als Goerdeler „im Einvernehmen mit Schacht“ zwischen dem 30. Januar und dem 2. Februar den Befehlshaber des Wehrkreises IV, General List, und seinen Stabschef Olbricht für eine Gegenaktion zu gewinnen suchte. Die beiden Offiziere konstatierten nicht nur das derzeitige Fehlen jeder zentralen militärischen Führung, sondern machten gegen Goerdeler Vorschlag die gleichen politischen Bedenken wie Fritsch hinsichtlich der Haltung des Volkes sowie auch der Truppe gegenüber Hitler geltend. Vor allem aber war ihnen „ein Fall Fritsch völlig neu“, und in den anderen Wehrkreisen war man nach ihrer Überzeugung „ebenso ahnungslos“²¹³). So erhielt Hitler die Möglichkeit, am 4. Februar in der Reichskanzlei den älteren Generalen und Admiralen die Vorgänge in einer Form darzustellen, „daß über die tatsächliche Schuld [auch Fritschs] kaum noch ein Zweifel bestehen konnte“²¹⁴). Und Hitler schloß die Zusammenkunft mit einem Verbot an die Teilnehmer, über die ihnen genannten Gründe der Entlassung Fritschs zu sprechen²¹⁵).

Wir sind nicht ausreichend darüber unterrichtet, worauf die von verschiedenen Seiten angestellten Erwägungen hinsichtlich einer Gegenaktion im einzelnen hinausliefen. Gisevius, Oster und Goerdeler dachten an einen Schlag gegen das Hauptquartier der Gestapo, durch den Hitler „vor vollzogene Tatsachen“ gestellt werden sollte²¹⁶). Mochte sich dieser Ansatz taktisch empfehlen, so mußte man sich doch darüber klar sein, daß er „nur ein erster Schritt“²¹⁷) sein konnte und daß die Dinge letzten Endes auf eine Auseinandersetzung mit Hitler selbst hinauslaufen würden. Bei den drei Genannten herrschte darüber auch kaum ein Zweifel. Als Alternative eines gewaltsamen Vorgehens wäre die Verweigerung des Rücktritts durch Fritsch, unterstützt von einer durch seinen Appell veranlaßten Solidaritätskundgebung der Generale denkbar gewesen. Einer solchen Demonstration galten offenbar die Befürchtungen Goebbels'²¹⁸).

212) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 141.

213) Aufzeichnung des Generals a. D. Röhrich v. 22. 2. 51, Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 125 (dazu Foertsch a.a.O., S. 236, Note 8 u. Ritter a.a.O., S. 146); ferner Nr. 166 u. a. m.

214) „Persönl. Erlebnisse des Gen. a. D. Liebmann (vgl. Anm. 160); auch Kielmannsegg a.a.O., S. 125. Nach dem Zeugnis des GFM a. D. Frhr. v. Weichs (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 182) hat Hitler sich dabei nicht nur auf das Gutachten des Reichsjustizministers Dr. Gürtner berufen (wonach der Fall Fritsch untersucht werden müsse), sondern es vorgelesen: „Vorausgesetzt, daß Hitler dieses Gutachten vollständig vorlas, was ich heute bezweifle, so war es vom juristischen Standpunkt aus schlecht. Das Ergebnis des Gutachtens war, daß Fritsch sein Alibi an dem fraglichen Tage nachweisen müsse, andernfalls ein dringender Verdacht gegen Fritsch vorliege. . . Die Glaubwürdigkeit des einzigen Kronzeugen wurde mit keinem Wort erwähnt.“ Übrigens bezeugt Wiedemann (Zeugenschrifttum Nr. 191), beim mündlichen Vortrag habe Gürtner Hitler „dringend gewarnt, auf dieses Material gestützt gegen Fritsch vorzugehen. Mir hat Gürtner noch erklärt, daß er später gemerkt hat, daß man ihm nicht alle Akten zugänglich gemacht hatte, sonst wäre sein Urteil noch sorgfältiger ausgefallen.“ Ähnlich führt Huppenkothen in einer schriftlichen Aussage in Nürnberg (Abschrift im Archiv Institut f. Zeitgesch.) aus, Gürtner habe in seinem Gutachten „die Beschuldigung als sehr fragwürdig bezeichnet und angeregt, die Angelegenheit vor weiteren Maßnahmen noch eingehend zu überprüfen“.

215) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 182 (GFM a. D. Frhr. v. Weichs): „Als Grund seines Abgangs seien allgemeine gesundheitliche Gründe anzugeben.“ — Gen. Ob. Hoth (Zeugenschrifttum Nr. 75) spricht von einem Schweigegebot Brauchitschs. — Hoßbach a.a.O., S. 143: „schriftliches Schweigegebot“.

Ein neues Schweigegebot ist nach dem Zeugnis des damaligen Chefs der Reichsabteilung des OKW, Min. Dir. H. Rosenberger nach Abschluß des Verfahrens erlassen worden, wonach außer der Mitteilung: „Der Gen. Ob. Frhr. v. Fritsch ist von der Anklage eines Vergehens nach § 175 RStGB wegen erwiesener Unschuld freigesprochen worden“, weitere Äußerungen unzulässig waren. Für die Wirkung des Schweigegebots vgl. als wenige Beispiele für viele die bei Foertsch a.a.O., S. 233, Note 32, angeführten Zeugnisse.

216) Vgl. Anm. 213; dazu schriftl. Aussage Huppenkothens in Nürnberg, Abschr. im Archiv Institut f. Zeitgesch. (vgl. auch Ritter a.a.O., S. 473, Note 23, auch auf Grund von Osterns Aussagen vor der Gestapo 1944), Gisevius a.a.O. I, S. 408, 444 ff. (neue Ausgabe, S. 271, 298 f.) und die Ausführungen des Rechtsanwalts Graf v. d. Goltz in seiner Niederschrift (vgl. Anm. 179) über Osterns Äußerungen zu ihm nach der Vernehmung der Burschen Fritschs durch die Gestapo: „Oberst Oster erklärte hierzu spontan, man müsse den ganzen Laden der Gestapo ausheben und besetzen; die Gauleiter machten auch, was sie wollten und Hitler habe bisher immer in dieser Beziehung vollzogene Tatsachen anerkannt! Oster war überhaupt der Mann des Temperaments; ich werde nie vergessen, wie er mir in Gegenwart von Dohnanyi seine Hochachtung aussprach, nachdem er das Stenogramm der Verhandlung gelesen hatte!“

217) Vgl. Anm. 213 (Äußerung des Generals Olbricht, der nach dem Zeugnis Röhrichs „in ständigem, engerem Kontakt mit Goerdeler stand“). „Goerdeler bestätigte, daß eine Führung oben zur Zeit nicht mehr vorhanden sei, Beck tue nichts, und da der ‚Kopf‘ ausgeschaltet sei, ergriffe dort keiner die Initiative. Gerade deshalb müsse der Anstoß von außen kommen“. Zur Haltung Beck's vgl. weiter unten Anm. 222.

218) Vgl. Anm. 186.

203) Hoßbach a.a.O., S. 141, 144; Kielmannsegg a.a.O., S. 120.

204) Vgl. ebenda, S. 136 u. bes. Kielmannsegg a.a.O., S. 121. Auch Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 306.

205) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 55 (Oberst a. D. Großkreutz, letzter Ordonnanzoffz. Fritschs). Vgl. Foertsch a.a.O., S. 205.

206) Ebenda, sowie Hoßbach a.a.O., S. 141.

207) Niederschrift Goltz (vgl. Anm. 179); Kielmannsegg a.a.O., S. 70, 75.

208) Niederschrift Goltz (vgl. Anm. 179). Eine von diesem beglaubigte Abschrift (v. 4. 3. 38) befindet sich im Nachlaß Beck.

209) Vgl. ebenda.

210) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 182 (GFM a. D. Frhr. v. Weichs): Nach Weichs' Angabe hat der Präsident des Reichskriegsgerichts, General Heitz, ihm gelegentlich des Nürnberger Parteitages erzählt, er habe, als sich einwandfrei die Verwechslung Fritschs mit dem Rittmeister von Frisch ergeben hatte, Hitler als dem Gerichtsherrn den Antrag unterbreitet, das Verfahren einzustellen. Der „auf-fallenderweise“ bei dem Vortrag anwesende Himmler habe jedoch geltend gemacht, daß es sich um zwei ganz verschiedene Fälle handle, woraufhin Hitler den Antrag abgelehnt und Hauptverhandlung gegen Fritsch angeordnet habe.

211) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 540 u. 601.

Nicht wenige Offiziere waren und sind jedenfalls der Überzeugung, daß die höhere und mittlere Führung des Heeres bei voller Kenntnis des Sachverhalts, bis auf wenige Ausnahmen einem Anruf Fritschs Folge geleistet hätte²¹⁹). Fritsch selbst hatte nach drei verschiedenen Zeugnissen im Sommer 1938 (mindestens vorübergehend) bedauert, passiv geblieben zu sein: „Wenn ich allerdings gewußt hätte, wie skrupellos dieser Mann ist und wie er mit dem Schicksal des deutschen Volkes Hasard spielt“ — erklärte er damals seinem letzten Ordonnanzoffizier in bezug auf Hitler —, „hätte ich anders gehandelt und das Odium, aus egoistischen Gründen gehandelt zu haben, auf mich genommen²²⁰)“. Auch für eine Demonstration war jedoch der frische Eindruck der ungeheuerlichen Vorgänge die weitaus geeignetste Voraussetzung. In diesem Falle wäre das höhere Offizierskorps wohl in der Lage gewesen, Fritschs Bedenken, er handle im eigenen Interesse, zu überwinden. Nach Abgang des Generalobersten und Einleitung des Verfahrens aber war jede Aktion stark erschwert. Eine zentrale Führung fehlte zunächst. Einwirkungen von Schacht auf Raeder, Rundstedt und Brauchitsch, von Goerdeler auf List und viele andere, von Gisevius auf General von Kluge, von General von Salmuth auf seinen Gruppenbefehlshaber von Bock²²¹) — letzteres offenbar Versuche, die fehlende Initiative in Berlin durch einen Anstoß von außen zu ersetzen —, scheiterten. Es rächte sich jetzt, daß der heimtückische Streich Hitlers das Heer völlig überraschend traf und daß das Offizierskorps auf die Abwehr eines solchen Eingriffs in sein Gefüge weder innerlich noch äußerlich vorbereitet worden war. Freilich lag es tief in der Entwicklung der Wehrmacht seit der Hinnahme der Ermordung Schleichers und Bredows, der verhängnisvollen Vereidigung auf Hitler und dem inneren Wandel der Armee von 1935 begründet, daß sie der Forderung dieser Stunde nicht entsprach. Auch Beck hatte sich noch nicht zu voller Klarheit über Hitler durchgerungen, wenngleich er unter der Hand das Seine tat, die Sache Fritsch zu fördern²²²). In heftiger Auseinandersetzung mit dem zu einer demonstrativen Aktion drängenden Oberquartiermeister General Halder erklärte er jedoch unter Hinweis auf das schwebende Verfahren: Was Halder da verlange, sei Meuterei, sei Revolution. Diese Worte gebe es nicht im Lexikon des deutschen Offiziers²²³). Beck hat nicht lange darauf den Gewissenkonflikt zwischen Gehorsam und Verantwortung für seine Person gelöst und den Weg verantwortlichen Handelns gewählt. Nach dem Zeugnis des früheren Oberpräsidenten Hermann Frhr. von Lüninck hat in dessen Gegenwart Beck während des zweiten Weltkrieges mehrmals von seiner Verantwortlichkeit dafür gesprochen, daß der politisch und psychologisch allein richtige Augenblick zum Eingreifen der Wehrmacht, nämlich die Fritsch-Krise, nicht ausgenutzt worden sei. Er habe das wohl grundsätzlich erkannt, aber den richtigen Augenblick zum entscheidenden Entschluß nicht gefunden und verpaßt²²⁴).

Gleichviel aus welchen Gründen das Heer den Sturz Fritschs hinnahm, die Folgen konnten nur verhängnisvoll sein. Die Entscheidungen vom 4. Februar 1938 — „aus dem sich stets gleichbleibenden Geiste der Partei geboren“, wie der „Völkische Beobachter“ wirklich schrieb²²⁵) — bedeuteten die organisatorische „Gleichschaltung“ auch der Wehrmacht, ihre endgültige Lähmung als konservatives Gegengewicht, was ihre Gesamtheit angeht. Indem Hitler die Leitung der Armee „unmittelbar persönlich“²²⁶) übernahm — wie es der durch die Haltung der Generalität ihm gegenüber verärgerte Blomberg selbst angeregt hat²²⁷) —, wurde die Trennung zwischen Regierungs- und Kommandogewalt vollends beseitigt, der Diktatur ihre totale Auswirkung ermöglicht. Denn in dem neuen „Oberkommando der Wehrmacht“ unter einem Keitel, der dem „revolutionären“ Charakter der Bewegung alles nachsah und die „Gepflogenheiten der Gestapo“ als gegebene Tatsache hinnahm²²⁸), hatte sich Hitler zugleich den fügsamen „Befehlsapparat ohne eigene Autorität“²²⁹) geschaffen. Wohl am schwersten aber wog, daß das Offizierskorps sich dem Diktator in seiner politischen und moralischen Ohnmacht offenbart hat. Es erlitt damit auch einen schweren Verlust an Ansehen und Zutrauen in den Augen aller Volkskreise, die Hitler noch widerstrebten. Überdies tat sich als Folge der Ereignisse zwischen dem Oberkommando des Heeres, verkörpert namentlich im Generalstab, und dem Oberkommando der Wehrmacht eine verhängnisvolle innere Kluft auf.

Zwar fiel mit dem Abgang Blombergs die Zwischeninstanz des Reichskriegsministers fort, so daß der Oberbefehlshaber des Heeres dem Diktator nun unmittelbar unterstellt war. Doch auch dies wirkte sich nicht zum Vorteil des Heeres aus; denn abgesehen von den praktischen Unklarheiten der neuen Spitzengliederung besaß der zum Oberbefehlshaber ernannte General von Brauchitsch nicht die Persönlichkeit, welche die ungewöhnliche Lage an der Spitze des Heeres erforderte. Wohl war auch er, schon auf Grund seiner protestantisch-kirchlichen Bindungen, kein Nationalsozialist und nach seiner Herkunft und Wesensart eine Hitler konträre Natur²³⁰). Militärisch-fachlich hervorragend bewährt, war der stille, verschlossene, im äußeren Auftreten peinlich korrekte Mann jedoch viel zu feinbesaitet und zu wenig beweglich, um Hitler und dessen Formen und Methoden gewachsen zu sein, zumal ihm die Gabe schlagfertiger Rede und Gegenrede offensichtlich abging²³¹). In dornenvoller Amtsführung hat Brauchitsch im Rahmen seiner menschlichen Grenzen oft zweifellos bis zur Erschöpfung mit Hitler gerungen. So wandte er sich, von Beck darin bestärkt, in einer Denkschrift gegen die neue Spitzengliederung, welche das OKH zugunsten des OKW an Bedeutung herabdrückte — und erfuhr in der gleichen Form glatte Ablehnung²³²). So suchte er die SA als Konkurrenz der SS wieder zu beleben²³³); so verteidigte auch er die Militärseelsorge gegen die Tendenzen der Partei und ihres Führers, wagte sich freilich bei der nachgerade bekannten Einstellung des Diktators über den Bereich der Wehrmacht womöglich noch weniger hinaus als sein Vorgänger²³⁴). Trotz unabweisbarer Erkenntnisse rettete sich Brauchitsch aus seelischen Konflikten am Ende immer wieder auf den Weg des militärischen Gehorsams²³⁵). Seiner

219) Vgl. Foertsch a.a.O., S. 201; dem entspricht z.B. auch das Urteil von GFM a. D. v. Manstein (Aussage vor der Kommission in Nürnberg, Komm.-Protokoll Nr. 350, S. 2453), von Gen. Ob. a. D. Halder (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 240) und weiteren ehem. höheren Offizieren (Zeugenschrifttum Nr. 148, 166, 601 u.a.).

220) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 55 (Oberst a. D. Großkreutz), vgl. Foertsch a.a.O., S. 205; ferner gegenüber der Baronin Schutzbar (Kielmannsegg a.a.O., S. 122) und Fr. Meinecke (a.a.O., S. 144) zufolge auch gegenüber Groener.

221) Aussage Schachts vor dem Arbeitskreis der „Europäischen Publikation“ am 3. 1. 53; Gisevius a.a.O. I, S. 408 f., 429 f. (Neue Ausgabe, S. 271, 287); Ritter a.a.O., S. 471, Note 40; Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 133. Schacht trat auch an General a. D. Joachim v. Stülpnagel heran (Zeugenschrifttum Nr. 306).

222) Niederschrift Goltz (vgl. Anm. 179) und dessen Brief an den Verfasser v. 14. 7. 55. Danach war Becks Haltung während der Krise „völlig eindeutig“ (so wandte er sich bei Keitel gegen die Paralleluntersuchung der Gestapo in Sachen Fritsch), er trat jedoch nach außen hin sehr vorsichtig auf, in der Überzeugung, seine Stellung im Hinblick auf die mögliche weitere Entwicklung noch festhalten zu müssen. Vgl. auch Foerster a.a.O., S. 90 f.

223) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 240. Vgl. auch Bor a.a.O., S. 113. Gen. Ob. v. Salmuth (Zeugenschrifttum Nr. 133) bezeugt, daß Rundstedt (mindestens ostensibel) ebenfalls eine solche Auffassung vertreten habe, und vermutet sie in Anbetracht des damaligen engen persönlichen Verhältnisses Rundstedt-Beck auch bei letzterem. — Im übrigen waren zweifellos die Generale durch die Sicherheit, mit der Hitler die Beschuldigungen gegen Fritsch darlegte, beeindruckt. Ferner Zeugenschrifttum Nr. 166.

224) Vgl. M. Pribilla, Die Fritsch-Krise 1938 als deutsche Schicksalswende, in: Stimmen der Zeit, Bd. 150, 151/52, S. 211 (demgegenüber Foerster a.a.O., S. 169, Note 57a).

225) Völk. Beobachter, Südd. Ausgabe, 5. 2. 38 (vgl. Foertsch a.a.O., S. 109).

206) Erlaß v. 4. 2. 38, s. Foertsch a.a.O., S. 106.

227) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 132 f. (Zeugnis Goltz').

228) Vgl. Rosenberger a.a.O., (vgl. Anm. 182) S. 91 f. u. Kielmannsegg a.a.O., S. 74.

229) Vgl. Hoßbach a.a.O., S. 86 f., 144 f.; Bor a.a.O., S. 75 ff.; Foertsch a.a.O., S. 160 ff.

230) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 345, 69, 239, 240, 148, 222. Vgl. Bor a.a.O., S. 115; Ritter a.a.O., S. 246.

231) Ebenda; Hoßbach a.a.O., S. 43 f.; Foertsch a.a.O., S. 100 f. Vgl. U, v, Hassell, „Vom anderen Deutschland“, Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Zürich u. Freiburg 1946, S. 49; E. v. Manstein a.a.O., S. 72.

232) Vgl. das Tagebuch Jodls, IMT Bd. XXVIII, S. 369 f. (die Denkschrift v. 7. 3. 38 selbst liegt nicht vor); Beck: vgl. ebenda, S. 359, die Gegendenkschrift des OKW v. 19. 4.; IMT Bd. XXXVII, S. 36 ff.; Hitlers Entscheidung: Bd. XXVIII, S. 373.

233) Vgl. Hassell a.a.O., S. 49 f., auch Goebbels-Tagebücher, herausg. v. Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 330.

234) Vgl. Bor a.a.O., S. 115; Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 240, 148.

235) Vgl. Zeugenschrifttum Nr. 148; Hassell a.a.O., S. 22 u. 80 (Einfluß seiner zweiten Frau).

kühlen Natur fehlte es an ungebrochener Vitalität noch weit mehr als Fritsch oder Beck, dazu aber an Stärke des Charakters schlechthin. Und gerade dies trat alsbald in Erscheinung.

Brauchitsch übernahm sein neues Amt offenbar mit gemischten Gefühlen. Er wehrte Glückwünsche zu seiner Ernennung zum Generalobersten ab und erklärte (trotz der belastenden Darstellung des Falles Fritsch durch Hitler) ebenfalls am 4. Februar vor den Generalen, daß der gestürzte Oberbefehlshaber in seinen Augen stets der gleiche Ehrenmann bleiben werden wie bisher²³⁶). Es erscheint — selbst wenn man die drohende Berufung Reichenaus in Rechnung zieht — schon schwer verständlich, daß Brauchitsch den Posten des Oberbefehlshabers ohne Vorbehalt zugunsten eines rehabilitierten Fritsch überhaupt und endgültig annahm. Vollends unbegreiflich aber ist, daß er dies unter sachlichen und persönlichen Bedingungen tat, die seine Handlungsfreiheit aufs schwerste beeinträchtigen mußten. Wann jemals hätte das Heer eines in jeder Hinsicht „unabhängigen“ Oberbefehlshabers dringender bedurft als jetzt? Statt dessen erklärte sich Brauchitsch, ohne vorherige Fühlungnahme mit Beck²³⁷), auf die ihm von Keitel vorgelegten Fragen bereit, „das Heer enger an den Staat und sein Gedankengut heranzuführen“, nötigenfalls einen entsprechenden Generalstabschef zu wählen, sowie einen Wechsel in der Führung und Einstellung des Heerespersonalamts vorzunehmen²³⁸). Darüber hinaus ließ er schließlich auf Verlangen Hitlers eine Anzahl älterer, zum Teil ihrer konservativen Haltung wegen mißliebiger Generale und einige Obersten verabschieden oder versetzen²³⁹). Damit konnte der Diktator seine Aktion gegen die Spitze der Wehrmacht im Rahmen eines größeren (bekanntlich militärischen wie zivilen) Revirements verschleiern und zugleich seinen leichten Erfolg noch weiter ausbauen. Zu alledem aber ging Brauchitsch bekanntlich noch eine private Bindung gegenüber Hitler ein, die seine Amtsübernahme erst ermöglichte: er empfing eine erhebliche finanzielle Hilfe²⁴⁰), um eine neue Ehe eingehen und seine erste Frau angemessen abfinden zu können. Es darf zwar dahingestellt bleiben, wie weit dieses Faktum seine Haltung in sachlichen Einzelfragen berührt hat. Doch liegt gerade bei einem allerseits als feinfühlig geschilderten Manne wie ihm die Vermutung nahe, daß es im ganzen seine innere Freiheit gegenüber dem Diktator beeinträchtigte, der dadurch von vornherein ein moralisches Übergewicht erhielt.

Dennoch könnte das Verhalten Brauchitschs Verständnis finden, hätte es auf der festen Absicht beruht, selber den Posten des Oberbefehlshabers zu übernehmen, um die angeschlagene Position des Heeres durch eine zielbewußte und energische Wahrung seiner mit dem Wohle der Nation aufs engste verknüpften Interessen wiederherzustellen. Die Erregung, die trotz mangelnder Orientierung über die Interna und Hintergründe des Falles Fritsch die bloße Tatsache der Verabschiedung des beliebten Oberbefehlshabers im Heer auslöste — für längere Zeit herrschte zwischen Offizieren und Parteileuten eine geradezu „eisige Atmosphäre“²⁴¹) —, hätte ihm dabei moralische Kraftquelle und Stütze sein können. Statt dessen schärfte Brauchitsch in der erwähnten Ansprache vor den Generalen (am 4. Februar) zunächst einmal Hitlers „Schweigegebot“ ein und wandte sich ebenso nachdrücklich

wie unmotiviert gegen etwaige „monarchistische Tendenzen“²⁴²). Trotz sicherlich guter Vorsätze und mancher Anläufe²⁴³) versäumte er sodann die Gelegenheiten zu einer entschiedenen Stellungnahme, die sich schon im Verlauf der Untersuchung gegen Fritsch, in die er sich Einblick verschaffen konnte, mehrfach ergaben. Vergeblich legten Canaris und Hößbach nach dem günstigen Ausgang des Prozesses Brauchitsch über Beck „eine besondere Demarche“ des Heeres bei Hitler nahe, die nicht nur die Wiederherstellung der Ehre Fritschs „und der gesamten Wehrmacht“ erwirken, sondern sich auch gegen die Führung der Gestapo richten sollte²⁴⁴). Allerdings waren nach dem österreichischen Triumph Hitlers, der die Erfüllung einer nationalen Sehnsucht bedeutete, solchen Schritten die psychologischen Voraussetzungen zunächst weitgehend entzogen. Im Oberkommando des Herres machte sich eine spürbare Resignation geltend²⁴⁵). Brauchitsch überließ die praktischen Bemühungen um Rehabilitierung Fritschs bei Hitler vorwiegend dem (uneingeweihten!) neuen Heeresadjutanten Hauptmann Engel, der sich nach vielem vergeblichem Drängen begreiflicherweise fragte, warum ausgerechnet er „als junger Offizier in dieser doch hochpolitischen und wichtigen Angelegenheit beim Führer vorstoßen“ müsse. Brauchitschs eigener Versuch Fritschs Beförderung zum Feldmarschall zu erreichen²⁴⁶), scheiterte²⁴⁷).

Je mehr jedoch Hitler auf eine gewaltsame Lösung der Sudetenkrise hinsteuerte, wurde auch die Position des Heeres wieder stärker und die Beseitigung der offenkundigen Vertrauenskrise für den Diktator wichtig. So entschloß er sich denn endlich zu einer — Geste, indem er am 13. Juni auf dem Flugplatz Barth bei Stralsund dem gleichen Kreis der Generale und Admirale, vor dem er am 4. Februar gesprochen hatte, die Ernennung Fritschs zum „Chef“ eines Artillerieregiments verkündete, und im Anschluß an eine Verlesung der Begründung des Freispruchs²⁴⁸) sein

242) Mündl. Mitteilg. des damals anwesenden Präs. a. D. Foerster an den Verfasser. — „Schweigegebot“: vgl. Anm. 215.

243) „Die Spannungen mit Hitler begannen sehr rasch, schon beim ersten Gespräch wegen v. Fritsch.“ Im Zusammenhang mit der Frage der Rehabilitierung Fritschs habe Br. zum ersten Mal seinen Rücktritt erwogen. (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 148, Gen. a. D. Siewert, damals 1. Gen. Stabsoffz. Brauchitschs.)

244) Vgl. Foerster a.a.O., S. 92 f.

245) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 222 (Tagebucheintragung des damal. Hauptm. Engel v. 24. 5. 38). Auch zum Folgenden. Vgl. Kielmannsegg a.a.O., S. 112 f.

246) Niederschrift Goltz's (vgl. Anm. 179); Kielmannsegg a.a.O., S. 112 f. u. Foertsch a.a.O., S. 133. (Für die Bemühungen Brauchitschs für Fritsch in rein persönlicher Hinsicht, Zuweisung des früheren Gutshauses Achterberg auf „Wehrmachtsgelände“ — Übungsplatz Bergen — und Veranlassung von Spenden zwecks Schenkung eines Hauses vgl. ebenda.)

247) General a. D. Ulex schreibt in einer 1950 verfaßten privaten Aufzeichnung, er habe, anlässlich der Grundsteinlegung der Volkswagenfabrik im Mai 1938 (26. 5. laut Schultheß Europ. Geschichtskal., S. 102) gemeinsam mit Lutze und dem Gauleiter von Nordhannover Telschow Hitler am Bahnhof Fallersleben erwartet. Als Telschow dabei Ulex gegenüber auf eine Schlägerei eines Fähnrichs mit „SA-Männern“ zu sprechen kam, die Fritsch und Blomberg als Hochverräter bezeichnet hätten, habe Lutze „mit hochrotem Kopf“ geschrien: „Was? SA-Männer? In der ganzen S.A. weiß jeder Mann, daß in der Affäre Fritsch alles Recht auf Seiten von Fritsch und alles Unrecht auf Seiten von Himmler ist.“ Nach dem anschließenden Frühstück auf der Wolfsburg habe Lutze ihn, Ulex, beiseite genommen, um ihm zu erklären, man müsse den Fall Fritsch benutzen, um Himmler zu stürzen. Dieser schaffe sich bereits jetzt in der SS ein Hausmacht, um nach dem Tode von Hitler die Macht an sich zu reißen. Hitler könne jeden Tag etwas passieren, und Göring stecke auch in keiner gesunden Haut. Als Ulex hierauf „rein theoretisch“ die Frage aufwarf, wie die SA sich verhalten würde, falls die Wehrmacht sich gegen Himmler stellte, erwiderte Lutze „wie aus der Pistole geschossen: „Bedingungslos auf Seiten der Wehrmacht.“ Lutze habe darauf Ulex gebeten, den Sturz Himmlers zu betreiben. „Auf meine Frage“, fährt U. fort, „was er zu tun gedenke, wenn Hitler sich hinter Himmler stellte, sagte er langsam und zögernd: „Nach Möglichkeit muß der Führer natürlich geschont werden.“ Das hieß auf Deutsch: „Wenn er nicht will, muß er eben mitfallen.“ Ulex' Frage, ob Lutze beweisen könne, daß Himmler den Verbrecher Schmidt durch Zwangsmittel zu seinen falschen Aussagen veranlaßt habe, erwiderte Lutze zunächst negativ; nur in anderen Fällen könne er nachweisen, daß Himmler „Leute durch Zwangsmaßnahmen zu falschen eidlichen Aussagen gebracht hätte“. Ulex habe darauf erklärt, es müßte schon belastendes Material aus dem Fall Fritsch sein, wenn er (U.) an Fritsch und Brauchitsch herantreten solle. General a. D. Ulex schließt: „Acht oder vierzehn Tage später meldete sich bei mir der Führer der SA-Standarte Feldherrnhalle, Reinecke. Er käme im Auftrage des Stabschefs Lutze, um mir mitzuteilen, daß der Stabschef nunmehr auch den Beweis erbringen könnte, daß der Verbrecher Schmidt durch Himmlers Zwangsmaßnahmen zu seinen Aussagen gebracht wäre. Damit konnte ich etwas anfangen. Ich fuhr zu Fritsch nach Achterberg und berichtete ihm. Er sagte sofort, es hätte das alles gar keinen Zweck, denn Hitler wüßte das ja alles, er wäre an der ganzen Schweinerei genau so schuldig wie Himmler. Anschließend fuhr ich zu Brauchitsch, der absolut die kalte Schulter zeigte: „Wenn die Herren das wollen, sollen sie es doch alleine machen.“ Dabei hatte er mir noch vor gar nicht langer Zeit gesagt: „Ich versichere Ihnen, daß ich nicht eher nachgebe, als bis ich diesen Saustall Himmler ausgemistet habe.“

248) So Halder in seinem Bericht für Beck bereits vom folgenden Tage (14. 6.); Gedr. bei Foerster a.a.O., S. 94 ff. — „Die mehrstündige Verlesung des Urteils und seiner Gründe, die stehend angehört wurde“, schreibt Gen. Ob. a. D. Hoth (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 75), „war sehr ermüdend“.

236) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 182 (GFM a. D. Frhr. v. Weichs). Vgl. auch Gen. a. D. Liebmann: „Persönl. Erlebnisse“ (vgl. Anm. 160); Foertsch a.a.O., S. 117.

237) Vgl. Hößbach a.a.O., S. 155.

238) Tagebuch Jodls, IMT Bd. XXVIII, S. 360.

239) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 259, 88 u. 95; Hößbach a.a.O., S. 143 f. Brauchitschs anfängliches Zögern in Sachen der Personalveränderungen hatte seine Ernennung in Frage gestellt, da Veränderungen mindestens im Heerespersonalamt für Hitler „conditio sine qua non“ waren, wie Keitel Jodl am 2. 2. 38 erzählte. Vgl. dessen Eintragung (IMT XXVIII, S. 363): „Ich rate Gr. Keitel, doch mit allen Personaländerungen äußerst vorsichtig zu sein, damit nicht aus mehr politischen Gründen unübersehbarer Schaden angerichtet wird. Wir können es uns nicht leisten unsere besten oberen Führer, Armeen u. H. Gruppen zu verlieren, da sie unersetzbar sind.“ Kielmannsegg a.a.O., S. 123 f.; Foertsch a.a.O., S. 117; Görlitz a.a.O., S. 456. — Die Kritik Mansteins: „Verlorene Siege“, S. 75.

240) Wie es auf Grund von Zeugenschrifttum Nr. 353 (Archiv Institut f. Zeitgesch.) scheint, wesentlich in Gestalt einer lebenslänglichen Rente an seine Frau. Dazu auch Zeugenschrifttum Nr. 222 u. 240. Vgl. Foertsch a.a.O., S. 101.

241) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 222 (Tagebucheintragungen des damal. Heeresadjutanten Hauptm. Engel) u. 95; vgl. auch Jodl: IMT Bd. XXVIII, S. 367 (10 2. 38), Kielmannsegg a.a.O., S. 113 u. Halders Aussage im OKW-Prozeß; Nürnberg Fall XII, dtsh. Protokoll, S. 1827.

eigenes Verhalten „motiviert“. Er vollbrachte dabei ein neues Meisterstück wohlberechneter Darstellungs- und Beeinflussungskunst, dessen psychologische Wirkung keine nur sinngemäße Wiedergabe seiner Worte annähernd verdeutlichen kann. In „ausführlichen, gefühlsbetonten“²⁴⁹ Darlegungen wußte Hitler nach zuverlässigen Zeugnissen jedenfalls den Eindruck zu erwecken, daß er in voller Aufrichtigkeit sprach und tiefes Bedauern über die „tragische Entwicklung“ empfand, ja daß — wenn wirklich eine Parteintrige vorlag — auch er selber getäuscht worden war. Fritsch, so bemerkte er, solle jede mögliche Genugtuung erhalten. Seine Wiedereinsetzung komme freilich nicht in Frage, da er, Hitler, — Fritsch nicht zumuten könne, wieder vertrauensvoll zu ihm zu stehen²⁵⁰! Im übrigen „könne er, der Führer, sich nicht vor der Nation desavouieren“: an der Darstellung, daß Fritsch gesundheitshalber ausgeschieden sei, müsse der Öffentlichkeit gegenüber festgehalten werden²⁵¹, weil sonst — dies war wohl der schwächste Punkt seiner Argumentation — diese im Interesse des Ansehens der Wehrmacht auch in künftigen Fällen gebotene Form keinen Glauben mehr finden würde. Eine Reichstagsitzung aber, in der er die Verdienste Fritschs habe würdigen wollen, könne infolge der außenpolitischen Entwicklung vorerst nicht stattfinden. Ausdrücklich nahm Hitler „amtliche Stellen“ gegen den Verdacht leichtfertigen oder böswilligen Handelns im Falle Fritsch in Schutz — nur Fehler untergeordneter Organe räumte er ein — und wagte zu behaupten, die eigentliche Schuld trage der Erpresser Schmidt! Mit der unerhörten Begründung, daß eine gerichtliche Verhandlung gegen diesen nur eine Freiheitsstrafe ergeben würde, ordnete er dessen Erschießung an²⁵². Bezeichnenderweise hielt Hitler es abschließend für nötig, den militärischen Führern zu versichern, daß „im neuen Reich ein bewußter Kampf anderer Kräfte gegen die Wehrmacht unmöglich sei“, daß die Besetzung ihrer leitenden Positionen nur aus ihr selbst heraus erfolgen könne und daß ein Einfluß anderer Stellen — „wie in Rußland“ — ausgeschlossen wäre²⁵³!

Mit Hilfe stärkster Unterstreichung der angeblichen „Tragik“ des Falles und seiner „grundsätzlichen“ Gutwilligkeit entzog oder vielmehr entwand sich Hitler aus scheinbar zwingenden staatspolitischen Gründen einer Rehabilitierung Fritschs, die diesen Namen verdient hätte. Man muß sich für die Wirkung seiner Worte stets vergegenwärtigen, daß die Wehrmachtführer über das tatsächliche Geschehen noch immer höchst mangelhaft orientiert waren. Es lag bei Brauchitsch, ihnen zu sagen, was man Fritsch vor und während des Verfahrens angetan, was man aufgewandt hatte, um den Generalobersten und damit die Armee zu diffamieren; es lag bei ihm, die Wehrmachtführung Notwendigkeit und Bedeutung einer wirklichen Rehabilitierung erkennen zu lassen, zumal die außenpolitischen Pläne Hitlers sie jetzt ohnehin einem Konflikt zwischen ihrem Gehorsam und ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl, ja sogar ihrer fachlichen Verantwortung zutrieben²⁵⁴. Man

vermißt bei Brauchitsch eine elementare Reaktion gegen Zumutungen und Ehrverletzungen, deren Hinnahme durch hohe Offiziere der preußisch-deutschen Vergangenheit unvorstellbar erscheint. Allerdings äußerte man aus dem Kreise des Oberbefehlshabers auf die Frage, warum Brauchitsch nicht zusammen mit den Kommandierenden Generalen Hitler vor die Alternative stelle: „Entweder restlose Rehabilitierung Fritschs, oder wir bitten um unseren Abschied“, die Befürchtung, Hitler werde in solchem Falle die Generale durch SA- und SS-Führer ersetzen²⁵⁵. Auch Fritsch sprach im Spätfrühjahr 1938 die Ansicht aus, daß ein Gewaltstreik dem Heere noch mehr schaden würde, da es „Kreise“ gebe, „die eine Fronde der Generale nur begrüßen würden“²⁵⁶. Es sei dahingestellt, wie weit diese Besorgnisse echte Motive oder eine Selbstrechtfertigung bedeuteten. Fritsch jedenfalls verkannte offenbar, daß — auch im Licht der Sache — gar keine Rehabilitierung besser war als die ihm von Hitler gewährte, für ihn persönlich (wie er selbst sagte) „wertlose“²⁵⁷. Im vermeintlichen Interesse der Nation, in dem Glauben, zur Beseitigung des „Zwiespalts zwischen Offizierkorps und Hitler“, durch erneute Zurückstellung „der eigenen Person“ das Seine beitragen zu müssen²⁵⁸, rang er sich zur Annahme der Ehrung durch. Es wirkte nach dem Bericht eines Teilnehmers an der Übergabe des Artillerieregiments 12 an den Generalobersten am 11. August in Groß-Born „auf die Kenner der Vorgänge fast erschütternd, wie Fritsch in seiner Ansprache von den Verdiensten Hitlers sprach und mit einem ‚Sieg Heil‘ auf den Führer endete“²⁵⁹. Dieser hatte die vom Heeresadjutanten in Brauchitschs Auftrag an ihn gestellte Frage, ob er nicht an der Feierlichkeit teilnehmen wolle, „da er ja selbst in diesen Tagen einer Gefechtsübung in Groß-Born beiwohnen würde“, bezeichnenderweise „mit einem scharfen, kurzen ‚Nein‘“ beantwortet²⁶⁰. Sechs Tage später, am 17. August 1938, vollendete Hitler den Bruch seines Wortes, daß die Wehrmacht einziger Waffenträger der Nation bleiben und die SS im Kriege im Heer aufgehen solle: Er stellte die bewaffneten SS-Verbände auch der Form nach als besondere Einheit zu seiner ausschließlichen Verfügung neben die Wehrmacht²⁶¹.

Wird in der folgenden Ausgabe fortgesetzt

v. Schobert hätten die gleiche Absicht geäußert) — scheint jedoch die außenpolitische Lage Brauchitsch zu um so größerer Zurückhaltung veranlaßt zu haben. Er habe den in Barth Versammelten erklärt, „er hätte die feste Absicht gehabt, auf Grund der dem Generaloberst v. Fritsch zuteil gewordenen Behandlung seinen Abschied einzureichen. Nunmehr aber hätte Hitler ihm mitgeteilt, es käme unweigerlich in den nächsten Wochen zum Krieg mit der Tschechoslowakei. Unter diesen Umständen glaubte er, seinen Posten als Oberbefehlshaber des Heeres nicht verlassen zu können und hätte sich entschlossen zu bleiben. Er bäte die Herren, soweit sie die Absicht gehabt hätten, ihre Stellung niederzulegen, auch zu bleiben.“ Auch Bock, so fährt Ulex fort, „sprach mich an und meinte, ich müsse nunmehr auch bleiben.“ U. erklärte darauf Brauchitsch, er halte sich, da er bereits eine Abschrift seiner Meldung (betr. Einreichung des Abschieds) an Fritsch geschickt habe, „an diese Meldung gebunden, es sei denn, daß Fritsch mich davon entbände.“ Er, Ulex, werde dies feststellen. „Brauchitsch schien mir verschnupft. Ich fuhr zu Fritsch nach Achterberg und trug ihm die Sache vor. In seiner selbstlosen, vornehmen Art sagte er sofort: ‚Weder Sie noch Brauchitsch können in dieser Lage etwas anderes tun, als bleiben.‘ Also blieb ich.“

255) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 55.

256) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 259 (vgl. Foertsch a.a.O.).

257) Im Brief v. 17. 6. 38 an die Baronin Schutzbar (Kielmannsegg a.a.O., S. 117), zumal Hitler sich dazu „nur auf schärfstes Drängen entschlossen“ und ihm im Zusammenhang mit der Ehrung, „abweichend von der üblichen Form, weder ein schriftliches noch ein mündliches Wort übermitteln“ lassen habe. Gleichwohl nennt Fritsch seine Ernennung „sicher nach außen eine gute und notwendige Geste“.

258) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 55 (Oberst a. D. Großkreutz; s. Foertsch a.a.O., S. 206 f.). Vgl. auch Nr. 182 (GFM a. D. Frhr. v. Weichs).

259) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 182 (GFM a. D. Frhr. v. Weichs). Vgl. Görlich a.a.O., S. 477 f. Nach dem Bericht des „Völkischen Beobachters“ vom 12. 8. führte Brauchitsch in seiner Ansprache an Fritsch u. a. immerhin aus: „Ich möchte Ihnen sagen, daß Sie in den vier Jahren Ihres Wirkens als Oberbefehlshaber des Heeres das Versprechen, das Sie einst gaben, wahrgemacht haben: nämlich dafür zu sorgen, daß das kostbare Erbe preußisch-deutscher Soldatentums nicht untergeht. Sie haben sich nicht nur dafür eingesetzt, es zu bewahren, sondern Sie sind zu seinem Repräsentanten geworden.“ Fritsch erwiderte u. a., er habe „es immer wieder und täglich noch mit tiefer Dankbarkeit gefühlt, daß die Soldatentreue... kein leerer Begriff, sondern lebendige Wahrheit ist. Als Oberbefehlshaber des Heeres habe ich meine Aufgabe nicht zuletzt darin gesehen, das Erbe preußisch-deutscher Soldatentums mit dem sieghaft vorwärtstürenden Geist des Reiches Adolf Hitlers zu verbinden und zu verschmelzen.“ — Abschließend heißt es im Bericht des VB: „Mit der Aufforderung, jederzeit zum Einsatz der ganzen Kraft und des Lebens im Dienste und im Schutze des Vaterlandes bereit zu sein, brachte Generaloberst Frhr. v. Fritsch ein dreifaches Sieg-Heil aus auf das Vaterland und auf Adolf Hitler, den Führer, der neuen deutschen Wehrmacht Schöpfer und Obersten Befehlshaber.“ Privat schrieb Fritsch am 13. 8. (Kielmannsegg a.a.O., S. 130): „Es ist doch besser, wenn man die Toten ruhen läßt, sie nicht bei lebendigem Leibe exhumiert und erneut begräbt.“

260) Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 222. Hitler war laut „Völk. Beobachter“ u. Schultheß, Europ. Geschichtskal., S. 126, am 19. 8. in Groß-Born. (Kielmannsegg a.a.O.: 13. 8.)

261) Vgl. IMT Bd. XXVI, S. 190 ff.

249) So Halder a.a.O.: das wesentlich später (1950) gegebene Zeugnis des Generals a. D. v. Sodenstern a. Gr. von Mitteilungen des GFM a. D. v. Kluge (Foertsch a.a.O., S. 131) erscheint danach und nach einem Vergleich verschiedener Einzelheiten im ganzen keineswegs ungläubwürdig.

250) Gen. a. D. Liebmann, „Persönl. Erlebnisse“ (späterer Zusatz), vgl. Anm. 160 (Foertsch a.a.O., S. 139); „tragische Entwicklung“: Aufz. des Gen. K. H. v. Stülpnagel v. 15. 6. 38, Nachlaß Beck, vgl. Foerster a.a.O., S. 169, Note 61. Gen. Ob. a. D. Hoth zufolge (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 75) bezeichnete Hitler den Fall Fritsch sogar als „das tragischste Ereignis in der bisherigen Geschichte des Dritten Reiches“.

251) „Das sei um so eher möglich, als die Allgemeinheit von den gegen Gen. Ob. Frhr. v. Fritsch erhobenen Verdächtigungen nichts wisse.“ (Halder a.a.O.) Hitler machte sich jetzt auch das Schweigegebot in Sachen Fritsch zunutze, um einer vollen Rehabilitierung auszuweichen. An Fritsch selbst hatte er am 30. 3. 38 (s. Foertsch a.a.O., S. 126) geschrieben: „Sie, Herr Generaloberst, sind in den Augen des deutschen Volkes nicht belastet worden und vor allem nicht als belastet erschienen.“ (Fritsch bestritt dies: a.a.O., S. 127.) Vgl. Kielmannsegg a.a.O., S. 114.

252) „Ich muß sagen, daß ich über diese Art ‚Justiz‘ entsetzt war“, schrieb Gen. Adm. a. D. Boehm (Archiv Institut f. Zeitgesch., Zeugenschrifttum Nr. 12). Der ehemalige Chef d. Rechtsabtlg. des OKW., Min. Dir. a. D. Rosenberger weist (Zeugenschrifttum Nr. 127) mit Recht darauf hin, daß ein Verfahren gegen Schmidt zur Entlarvung der Machenschaften der Gestapo bzw. Hitlers selbst führen konnte.

253) Ebenfalls bei Halder a.a.O. Ähnlich Hitler bereits am 4. 2. 38: Zeugnis Hoths (Zeugenschrifttum Nr. 75, Foertsch a.a.O., S. 116).

254) Vgl. dazu die ähnlich gestimmten Ausführungen v. Gen. d. Inf. a. D. Curt Liebmann zu dem Buche von J. W. Wheeler-Bennett in: Soldat im Volk, Jahrg. 4, Nr. 2, Febr. 1955. Brauchitsch teilte nämlich am gleichen Tage den Befehlshabern mit, „daß der Führer zur Überzeugung gekommen sei, die ‚tschechische‘ Frage werde sich doch nur gewaltsam lösen lassen.“ (Liebmann, „Persönl. Erlebnisse“, vgl. Anm. 160). Nach den Aufzeichnungen des Gen. a. D. Ulex (vgl. Anm. 247) — dem Brauchitsch die Absicht angekündigt hatte, wegen des Falles Fritsch seinen Abschied einzureichen (Gen. v. Kluge und sogar der „als absolut hitlertreuer Mann“ geltende Gen. Ritter

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

„Thomas Mann und das Dritte Reich“	Walter A. Berendsohn
„Die kommunistische Ideologie und die Führer, Freiheit und Gleichheit des Men- schen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.8.1949“	A. M. Bockensack
„Sowjetunion“	David J. Galin
„Nicht gestern, Freund, morgen!“	Roland Klaus
„Wehrmacht und Nationalsozialismus 1934-39“	Heinut Krawinkel
„Stalinspanische Diktatur“	Edgar Kupfer
„Die Kulturpolitik der SBZ“	Jürgen Röhler
„Die Fuxelung im Kreuzwort der öffentlichen Meinung“	Hans Wenker
„Der Reichstagsbrand 1933 ein Forschungsbericht“	Richard Wolff
„Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reiches“	...

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 4,50 pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST - BONN/RHEIN - KÖNIGSTRASSE 85

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Walter A. Berendsohn: „Thomas Mann und das Dritte Reich“
- J. M. Bochenski: „Die kommunistische Ideologie und die Würde, Freiheit und Gleichheit des Menschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949“
- David J. Dallin: „Sowjetspionage“
- Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“
- Helmut Krausnick: „Wehrmacht und Nationalsozialismus 1934—39“
- Edgar Kupfer: „Strafkompagnie Dachau“
- Jürgen Rühle: „Die Kulturpolitik der SBZ“
- Hans Wenke: „Die Erziehung im Kreuzfeuer der öffentlichen Meinung“
- Richard Wolff: „Der Reichstagsbrand 1933, ein Forschungsbericht“
- ... „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reiches“
-
-